

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . K 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.—

## Das Gesetz zum Schutze der Reaktion.

Von Friedrich Kusterlik (Wien).

I.

### Das monarchistische Strafgesetz.

Das Strafgesetz im alten Oesterreich war in allen Bestimmungen, die sich auf die politischen strafbaren Handlungen beziehen, mit Recht verrufen, und auf diesen üblen Ruf beruft sich auch die Begründung des Schutzgesetzes, wenn sie von den „bitteren Erfahrungen“ spricht, die das Volk „mit den Strafbestimmungen des alten Oesterreich gemacht hat“.

Welche Schutzbestimmungen hatte nun die Monarchie? Jedenfalls der Zahl ungleich weniger, als ihrer das republikanische Schutzgesetz enthält. Es waren folgende: Hochverrat und Missetat am Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Störung der öffentlichen Ruhe, Spionage, gewalttätiges Handeln gegen öffentlich-rechtliche Körperschaften: das sind die Verbrechen; Teilnahme an geheimen Gesellschaften, Aufwiegelung, Aufreizung zu Feindseligkeiten, Gutheißung von unerlaubten Handlungen: das sind die Vergehen. Und das ist nun alles, und kein Freund der bürgerlichen Freiheit hat im alten Oesterreich gemeint, daß das wenig ist.

Wie nun das republikanische Schutzgesetz an allen Punkten weitergeht und grausamer sich anblickt, soll an einigen Beispielen gezeigt werden; es könnte das aber an jedem Para-

## Keine Intervention Englands und Amerikas.

### Bonar Law: Intervention bedeutet Feindschaft.

London, 19. Februar. Bonar Law, der die Unterhandlung abgeschlossen hatte, erklärte, die Ansicht der Regierung gehe dahin, daß die französische Aktion an der Ruhr schlimm sei und nichts anderes als schlimme Folgen zeitigen könne. Der Unterschied zwischen der Regierung und der Opposition sei, daß die Regierung, wenn sie auch anderer Ansicht sei als Frankreich, doch nicht glaube, daß es den britischen Interessen oder denen der Welt zum Nutzen gereichen würde, wenn sie gegenüber Frankreich eine antizionistische Haltung einnehme.

Die wesentlichste Frage, die sich das Haus vor Augen halten müsse sei, ob irgend eine Intervention angebracht wäre oder nicht. Poincaré habe die Intervention des Völkerbundes im August abgelehnt und die englische Regierung wisse, daß ein derartiger Vorschlag

graph bewiesen werden. Der Hochverratsparagraf gehört zu den Bestimmungen des altösterreichischen Strafgesetzes, die geradezu berüchtigt waren; nicht mit Unrecht höhnte man, daß „wer etwas unternimmt“, darnach strafbar sei. Aber dieser § 58 ging keineswegs so weit wie „die Anschläge“ des Schutzgesetzes gehen und selbst er war klarer, als das Wortgallert, das das republikanische Gesetz bietet.

jeht von Frankreich als ein äußerst feindlicher Akt angesehen würde. Angesichts der Feindseligkeit Frankreichs und der wahr/scheinlichen Feindseligkeiten Belgiens und Italiens würde ein solcher Vorschlag den Ruin des Völkerbundes bedeuten. Kein Vertreter der amerikanischen Regierung habe schriftlich oder mündlich etwas Verleugendes dazu bieten würde, daß sich eine Verleugung dazu bieten würde, daß Amerika geneigt sei, bei den europäischen Streitigkeiten zu intervenieren.

Bonar Law schloß, er wisse nicht, wann der Augenblick für eine Intervention kommen könne. Bisher sei er jedenfall nicht gekommen und es sei eine bessere Politik, hoffnungsvoll darauf zu warten, daß sich eine Gelegenheit dazu bieten würde, als zu intervenieren. Er wolle noch einmal wiederholen, daß die Regierung zur Schlußfolgerung gelangt sei, daß es im Interesse der Entente liegen würde, die britischen Truppen solange wie möglich in Deutschland zu belassen. Ihre Zurückziehung wäre ein erster Schritt, der die Aufrechterhaltung der Entente schwieriger gestalten würde als bisher.

### Die amerikanische Intervention nicht willkommen.

London, 19. Februar. Reuter meldet aus Washington: Heute ist hier erklärt worden: In Ermangelung von endgültigen Zusicherungen, daß eine amerikanische Intervention willkommen sein würde, werden die Vereinigten Staaten keinerlei Schritte in den europäischen Angelegenheiten unternommen.

vor die Geschworenen gehört. Während hier erforderlich ist, daß der Schuldige gewalttätig stört oder hindert, also ein unmittelbares Handeln, so reicht es in dem republikanischen Gesetz aus, daß er mit Gewalt droht — was ein gewaltiger Unterschied ist. Und geschätzt wird nicht bloß das Parlament, sondern auch dessen Präsident oder Präsidium, ja sogar ein Ausschuß oder eine Kommission! . . . Eine der schmerzhaftesten Erinnerungen an Oesterreich müssen für tschechische Arbeiter die Geheimbundsparagrafen des altösterreichischen Strafgesetzes sein; war doch die Geheimbündelei ein Mittel zur Verfolgung der Arbeiterbewegung in der österreichischen Zeit, da die Arbeiter noch ganz rechtslos waren.

Das sind nur einige Beispiele, aber sie schon machen es klar, daß das Schutzgesetz, weit davon entfernt, wie es behauptet die „veralteten Vorschriften“ des alten Oesterreich zu befehlen, alle diese Vorschriften maßlos steigert und ins Unerträgliche verzerrt. Es gibt vor, nur die Republik und Demokratie schützen zu wollen, aber es ist doch nichts anderes als die Verleugnung aller demokratischen und republikanischen Ideen.

## Ziele der passiven Resistenz.

Von Eugen Prager.

Wie der Krieg nach dem bekannten Worte des preussischen Generals Clausewitz nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein soll, so kann auch die passive Resistenz, die die Ruhrbevölkerung und mit ihr das ganze deutsche Volk, dem französisch-belgischen Einbruch entgegensetzt, nur ein Teil der allgemeinen Politik Deutschlands sein. Das hat auch die Arbeiterschaft begriffen. Sie machte dem nationalistischen Kadav, der sich in der letzten Zeit der Inflation hervorwagte, ein rasches Ende und führt den Kampf mit dem Ziele, nicht einen „Sieg“ über das französische Volk zu erringen, sondern um die Verständigung und Aussöhnung mit ihm vorzubereiten.

Wie der Krieg nach dem bekannten Worte des preussischen Generals Clausewitz nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein soll, so kann auch die passive Resistenz, die die Ruhrbevölkerung und mit ihr das ganze deutsche Volk, dem französisch-belgischen Einbruch entgegensetzt, nur ein Teil der allgemeinen Politik Deutschlands sein. Das hat auch die Arbeiterschaft begriffen. Sie machte dem nationalistischen Kadav, der sich in der letzten Zeit der Inflation hervorwagte, ein rasches Ende und führt den Kampf mit dem Ziele, nicht einen „Sieg“ über das französische Volk zu erringen, sondern um die Verständigung und Aussöhnung mit ihm vorzubereiten.

Diesem Zustand muß ein Ende gemacht werden, soll der Widerstand des deutschen Volkes gegen militärische Fremdherrschaft und imperialistische Unterjochung nicht zusammenbrechen. Das Volk will von der Regierung wissen, auf welchem Wege sie eine baldige Räumung des Ruhrgebietes zu erreichen hofft und welche Ergebnisse sie bisher dabei erzielt hat. Die Regierung muß weiter sagen, wie sie der Kohlenabsperrung zu begegnen gedenkt, und in welchem Maße sie der drohenden Arbeitslosigkeit vorbeugen will. Sie wird schließlich Auskunft geben müssen über die Maßnahmen, die gegen die spekulativen Preisstreikbrechen ergriffen werden sollen.

Welche Forderungen sind von der sozialdemokratischen Partei nun im Einzelnen zu stellen, um die Verhandlungsmöglichkeiten auch innerpolitisch vorzubereiten und zugleich die Interessen der arbeitenden Klassen in der Übergangszeit zu sichern? Es ist nicht zu leugnen, daß auch das Deutschland freundlich gestimmte Ausland in der bisher betriebenen Währungs- und Finanzpolitik keine gesicherten Grundlagen für die Verhandlungen über Reparationsleistungen erblickt. Insbesondere wird dort die beispiellose Inflation und die mangelnde Zahlungsbereitschaft der Besizenden verurteilt. Es muß deshalb in währungspolitischer Beziehung verlangt werden: Der Ausbau der Devisenkontrolle, die Kontrolle der Devisengeschäfte und die genaue Nachprüfung des Bedürfnisses der Wirtschaft für den Devisenlauf; die Schaffung einer werbeständigen inneren Leihe des Reiches zur Eindämmung der Inflation, eine scharfe Sinaufsetzung des Diskontsatzes der Reichsbank, um die Devisen- und Effektenpekulation in der Beschaffung von Auslandszahlungsmitteln auf Kosten der Markbesitzer und Marklohnempfänger zu hindern, endlich die Zentralisierung des Devisenverkehrs und die Schaffung einer Devisenkasse, die den notwendigen Devisenbedarf der Wirtschaft deckt und die Spekulation ausschaltet.

In finanzpolitischer Hinsicht wären zu fordern: Die sofortige geschlechte Vorbereitung einer Belastung der Sachwerte als der wichtigsten Voraussetzung zur Schaffung einer wirklichen Verhandlungsgrundlage in der Repara-



# Poincaré über Memel und Ruhr.

### Statistische Angaben.

tionstage; die Einziehung sämtlicher Steuern von dem Augenblick der Fälligkeit an in „unverzüglicher Zahl“; damit die Geldentwertung zu Lasten der Zahlungspflichtigen geht; die erneute Festlegung der Zwangsleihe in ihrem Gesamtumfang auf eine Goldmarksumme; eine wesentliche Erhöhung der Ausschlaggebungen, vor allem bei Waren, die hauptsächlich aus inländischen Rohstoffen hergestellt sind.

Wirtschaftspolitisch sind folgende Forderungen aufzustellen: Die Drosselung der Zuzufuhr, die Devisenzuteilung nur für lebenswichtige Waren und an lebenswichtige Betriebe; Bekämpfung der drohenden Arbeitslosigkeit durch scharfe Handhabung der Verordnungen über Stilllegung und Arbeitsförderung, durch Schaffung produktiver Arbeitsgelegenheiten, durch Begünstigung der unmittelbaren Vermittlung zwischen Produzent und Konsument; die Verhinderung der wucherischen Ausbeutung der Absatzmöglichkeiten in der Preispolitik zugleich mit einer scharfen Nachprüfung der Preise der industriell wichtigen Genutzstoffe. Dabei darf man vor der Monopolisierungsmethoden der Kartelle und Trusts nicht stehen bleiben, sondern muß die Verordnungen und Bestimmungen gegen die Preisverweigerung gerade auf diese Wirtschaftskrisis rückwärtslos anwenden.

Endlich muß ernährungspolitisch verlangt werden: die sofortige Neueinführung der zentralen Bewirtschaftung von Milch und Milchprodukten, damit unter allen Umständen die Belieferung an Kinder und Kranke gesichert wird; die Bewirtschaftung der Düngemittel durch das Reich, die höchste Steigerung der Düngemittelproduktion und der Austausch billiger Düngemittel gegen Erhöhung der Getreideablieferung; ein Brennstoff für alle als Lebensmittel verwendbaren Stoffe, insbesondere auch von Mais; Einstellung der Fabrikation von Trinkbrennwein und die Herabsetzung des Stammwurzengehalts von Bier auf die Prozentsätze des letzten Kriegsjahres.

Das sind die Forderungen, die die sozialdemokratische Partei als die Vertreterin der Arbeiterklasse an die Regierung zu stellen hat. Kein deutschnationales Gerede von der „Erdolung der Front“ wird unsere Partei daran hindern, die innerpolitischen Voraussetzungen für die Lösung der außenpolitischen Probleme zu schaffen. Ist es dem deutschen Bürgerum um die Erhaltung des Reiches und um die Abwehr der französischen Invasion ebenso ernst wie der deutschen Arbeiterklasse, so muß es sich zu der größtmöglichen Opferwilligkeit für das Staatsganze entschließen.

## Abgeordnetenhaus.

Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses war zur Gänze dem Andenken Dr. Raschins gewidmet. Der Blok Dr. Raschins auf der Ministerbank war mit einem Blumenbouquet weißer Rosen, die in einen schwarzen Schleier gehüllt waren, geschmückt; auch sein Abgeordnetensitz war mit Blumen besetzt.

Präsident Tomaset eröffnete die Sitzung um 1.15 Uhr mit einem Nachruf, der dem Abgeordnetenhaus sich angehört wurde. Er führte u. a. aus: Durch den Umladungs-Prozess wurde die Nation gezwungen, über ihr Verhältnis zur habsburgischen Dynastie u. zum österreichischen Staate nachzudenken. Raschin kam zu der Zeit zum ersten Male in den Arter, aus dem er als unversöhnlicher Feind des habsburgischen Oesterreich hervorging. Das war die erste Phase seines Lebens. Als der Weltkrieg kam, begann die zweite Phase in seinem

Paris, 19. Februar. (Sabas.) Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten war unter dem Vorsitz Loggus zusammen. Ministerpräsident Poincaré erstattete Bericht über die Lage in Memel und gab Kenntnis von einem Telegramm des französischen Vorschafers in Rowno, das besagt, daß die litauische Regierung mit der von der Vorschafertkonferenz angenommenen Lösung durchaus nicht einverstanden sei und in Rowno Erregung bestände, wobei gewisse Persönlichkeiten kriegerischen Geist bezeugten. Demgegenüber erwähnen die im Laufe des Randmittags von dem französischen Vorschafert in Warschau eingelangten Nachrichten nicht, daß zwischen Polen und Litauen Feindseligkeiten entstanden seien. Dennoch machen gewisse Deputierten auf Truppenbewegungen Anspielungen und behaupten sogar, daß man Kanonendonner vernehme.

Poincaré sprach alsdann von den Ereignissen im Ruhrgebiete und sagte, daß die Franzosen und Belgier 2800 Quadratkilometer des Ruhrbedens besetzt haben; 500 Quadratkilometer bleiben außerhalb des besetzten Gebietes. Das besetzte Gebiet bringt 90 Millionen Tonnen Kohle jährlich hervor, das westliche Gebiet acht Millionen. Die Staatsgruben stellen nur den fünften Teil der Gesamtzeugung. Die Koksöfen besitzen sich im ganzen auf 14.500. 14.200 sind davon besetzt, die einen Gesamttrag von 80.000 Tonnen täglich liefern können. Die Bevölkerung des Ruhrbedens beläuft sich auf dreieinhalb Millionen Einwohner; davon entfallen auf das besetzte Gebiet drei Millionen. Von den 500.000 Bergleuten leben 450.000 im besetzten Gebiet. Die meisten davon sind Deutsche; es gibt nur 80.000 Polen darunter. Das

Leben, er erkannte, daß für die tschechische Nation die Schicksalsstunde geschlagen hat. Das kämpfende Oesterreich wußte, daß Raschin sein gefährlichster Feind war und in Bälde würde er verhaftet, eingekerkert und zum Tode verurteilt. Es ist für die politische Charakteristik Raschins wichtig, daß er sich vor Gericht, im Reiter und sogar, als er dem Tode ins Antlitz blickte, tapfer und unverwundlich hielt. Als er den Reiter verließ, wurde er einer der führenden Männer der Revolution. Nach dem 28. Oktober 1918 begann die dritte Phase in seinem Leben, die Baumeisterarbeit im eigenen Staate. Als erster Finanzminister führte er die Währungsrennung aus und legte die festen Grundlagen der Finanzwirtschaft des jungen Staates. Raschin war hart zu den anderen, aber hart auch zu sich selber, er war das beste Beispiel dafür, daß über andere herrschen kann nur derjenige, der sich selbst beherrscht.

Der Präsident schloß sodann zum Zeichen der Trauer die Sitzung ab und setzte die nächste Sitzung für Freitag 11 Uhr mit der Tagesordnung der gestrigen Sitzung an.

Schluß der Sitzung um 1.40 Uhr.

### Präsidialsitzung.

In der gestrigen Sitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses wurde vorerst beschlossen, die Plenarsitzung des Hauses dem Andenken Dr. Raschins zu widmen und um Zeichen der Trauer von der weiteren Erledigung der Tagesordnung abzusehen. Der Mittwoch und Donnerstag bleiben sitzungsfrei; der Donnerstag wurde aber für die Ausschuss- und Klubberatungen bestimmt. Die nächste Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses findet am Freitag den 23. Februar um 11 Uhr vor-

leitende Grubenpersonal umfaßt 1000 bis 1200 Personen. Die Franzosen und Belgier kontrollieren neun Zehntel der Erzeugung. Poincaré legte dar, daß die Alliierten das Ruhrgebiet ausbeuten. Unsere Aufgabe besteht schließlich darin, Kontrolle zu üben. Diese ist seitig Ingenieuren anvertraut, von denen die meisten Franzosen sind. Einige englische freiwillige Ingenieure werden erwartet.

Als Antwort auf die Sabotageakte haben wir 283 hohe Beamte des Ruhrgebietes sowie 55 des Rheinlandes ausgewiesen. Man hat sie durch untergeordnete Beamte ersetzt, da wir sie nicht durch französische Beamte zu ersetzen brauchen. Vor unserer Besetzung verkehrten im Ruhrgebiete 585 Personenzüge und 620 Güterzüge. Heute verkehren infolge der durch Berliner Befehle verursachten Zerrüttung im ganzen täglich 70. Seit Beginn der Besetzung wurden diesbezüglich bereits Fortschritte erzielt und es ist anzunehmen, daß in sehr kurzer Zeit ein noch größerer Fortschritt zu verzeichnen sein wird. Im Ruhrgebiete gab es 40.000, im Rheinlande 120.000 Eisenbahner. Frankreich hat nur 9640 dahin entsandt. In der besetzten Zone befindet sich kein französisches Material. Nach Frankreich und Belgien wurden bisher von uns 1026 Waggons Kohle befördert. Poincaré sprach auch von dem mit der britischen Regierung wegen der Eisenbahntransporte durch die englische Zone gepflogenen Verhandlungen.

Poincaré wird seine Erklärungen am nächsten Montag beenden und auch die Lausanner Konferenz sowie die Verhandlungen mit den Türken schildern.

mittags mit der Tagesordnung der Dienstsitzung statt. Auf dieser Tagesordnung befindet sich unter anderem auch die Debatte über die dringlichen Interpellationen betreffend die Wirtschaftsunterstützung und die Arbeitslosigkeit, die mit einer Erklärung des Ministers für soziale Fürsorge Hobrman eingeleitet wird. Diese Sitzung dürfte von längerer Dauer sein, doch wird die Abstimmung über die Ministererklärung in die folgende Sitzung verschoben werden.

### Das Gesetz über den Staatsgerichtshof

wurde in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses aufgelegt. Durch dieses Gesetz werden die gegen das Gesetz zum Schutze der Republik begangenen schwereren Straftaten einem am Sitz des Obersten Gerichtshofes zu errichtenden Staatsgerichtshof übergeben. Das Gesetz zerfällt hauptsächlich in zwei Teile. Der erste Teil befaßt sich mit der Organisation des Staatsgerichtshofes, der zweite mit dem Verfahren vor dem Staatsgerichtshof. Der Staatsgerichtshof setzt sich einerseits aus Berufsrichtern, andererseits aus Beisitzern zusammen. Die Anzahl wurde nicht genau festgelegt, sondern wird erst nach Bedarf festgesetzt werden. Die Mitglieder des Staatsgerichtshofes werden, soweit es um die Berufsrichter geht, aus den Mitgliedern des obersten Gerichtshofes entnommen. Bei den Beisitzern hingegen wird bestimmt, daß sie rechtskundig und wenigstens 40 Jahre alt sein müssen. Die Beisitzer ernannt der Präsident der Republik auf Vorschlag der Regierung. Die Regierung darf jedoch dem Präsidenten zu Beisitzern aktive Staatsbeamte mit Ausnahme von Hochschulpromovierten nicht vorschlagen. Den Beschuldigten wird erlaubt, zwei Beisitzer ohne Angabe von Gründen abzu-

lehnen. Die Funktionsdauer der Berufsrichter wird auf ein Jahr, die des Vorsitzenden, seines Stellvertreters und der Beisitzer auf drei Jahre festgesetzt. In jedem Strafsenat des Staatsgerichtshofes werden drei Mitglieder aus der Gruppe der Berufsrichter und drei Mitglieder aus der Gruppe der rechtskundigen Beisitzer entnommen. Die Kompetenz des Staatsgerichtshofes ist in den §§ 36 und 37 des Gesetzes zum Schutze der Republik (das ja noch garnicht Gesetz ist. Ann. d. Red.) niedergelegt. Der Staatsgerichtshof ist nur das das Urteil fällende Gericht, das vorbereitende Verfahren wird von dem zuständigen Gericht ausgeübt. Eine Strafsache gelangt vor den Staatsgerichtshof also erst dann, wenn der öffentliche Kläger nach angeordneter Untersuchung die Überreichung der Akte für begründet hält. Der Staatsgerichtshof darf sich selbst für inkompetent erklären. Tut er dies nicht, so ist sein Urteil endgültig. Der Staatsgerichtshof ist auch zuständig für Straffälle, die vor der Inkraftsetzung des Gesetzes zum Schutze der Republik begangen wurden, wenn die Akte noch nicht überreicht ist. Die erste Ernennung der Berufsrichter gibt bis zum Ende des Jahres 1923, die der Beisitzer, des Vorsitzenden und seines Stellvertreters bis zum Jahre 1925.

## Die Beratung des Schutzesgesetzes im verfassungsrechtlichen Ausschuss des Abgeordnetenhauses.

Der Rechts- und Verfassungsausschuss setzte am 20. Februar seine Beratungen über das Gesetz zum Schutze der Republik fort. Als erster Redner der Koalitionsparteien sprach der slowakische Sozialdemokrat Abg. Dr. Drexler, welcher den Gesetzentwurf vom politischen Gesichtspunkte aus mit dem Hinweis auf die vielfachen gegen die tschechoslowakische Republik gerichteten Agitationen zu rechtfertigen versuchte und den Vorwurf, das Gesetz sei reaktionär und drakonisch und seine Tatbestände seien zu elastisch, als unrichtig bezeichnete. Nach dem kommunistischen Abg. Burian, der das Gesetz auf das entschiedenste ablehnte und nach der von Begeisterung überfüllten Rede des tschechischen Agrariers Abg. Dr. Ceruzy ergriff

### Abg. Genosse Dr. Daus

das Wort. Er führte u. a. aus: Abg. Dr. Drexler hat den Versuch gemacht, das Gesetz zu rechtfertigen. Es muß Wunder nehmen, daß gerade er als Sozialdemokrat und als Jurist als erster unter den Koalitionsparteien diesen Versuch machte.

Ein Sozialist kann zu diesem Ausnahmengesetz, das jede freirechtliche Regierung knebelt, keinen anderen als einen unbedingt ablehnenden Standpunkt einnehmen.

Die Begründung, daß das Gesetz deshalb notwendig ist, weil sehr zahlreiche Fälle staatsfeindlicher Agitationen vorkommen, ist durchaus unstatthaft und beruht auf einer vollständigen Verkennung der Möglichkeiten und Grenzen des strafrechtlichen Schutzes. Das Strafrecht kann nur gegen einzelne ausnahmeweise auftretende Krankheiten des gesellschaftlichen Körpers schützen; keineswegs sind jedoch strafgesetzliche Bestimmungen das geeignete Heilmittel gegen eine krankhafte Konstitution des ganzen Staats- und Gesellschaftskörpers. Derartige Krankheiten können durch strafgesetzliche Bestimmungen niemals geheilt werden. Sie werden vielmehr durch drakonische Strafgesetze nur gesteigert. Gerade die Geschichte der Entstehung dieses Staates ist der beste Beweis hierfür.

Von juristischen Gesichtspunkte aus muß der Gesetzentwurf auf das Entschiedenste abgelehnt

wurde nichts von Goethes Lied. Ihn ergriffen Bild und Text und er schrieb:

Ueber allen Gipfeln ist Ruh,  
Nur Dichter wogen  
Vom Himmelshöhen  
Dem Wandrer zu.  
  
Rein Lied, kein Sang  
Auf diesen Höhen.  
Hier wird verwehen  
Des Alltags Klang.  
  
Stamm grüßt das Tal,  
Wo Tränen fließen,  
Wo Seiden kriechen  
Ohne Zahl.  
  
O Wandrer, bald  
Mußt du's erleben:  
Daß du mußt scheiden  
Von Berg und Wald.

Ist dieses Gedichtes Stimmungsgelalt nicht ein wenig dem des Goetheschen Gedichtes verwandt? Der Arbeiter, der diese Verse schrieb, wird Goethes Lyrik verstehen und lieben lernen. Und das ist für einen Vergarbeiter nicht wenig, wenn man bedenkt, wie viele Bürger, die sehr gebildet sind, am Lyriker Goethe mit bestem Willen nichts Besonderes finden können.

Ich habe absichtlich ein Gedicht gewählt, das nicht typisch proletarisch ist. Aber es ist selbstverständlich, daß alle dichtenden Arbeiter zutiefst erschüttert werden durch die Erkenntnis ihres Lebens, — des Lebens ihrer Klasse, — und daß alles, was in ihnen aufwärts ringt, gestärkt wird durch das Ersehnen der hohen Ziele ihrer Klasse. Aber nur wenigen ist die Kraft gegeben, von Leid und Qual, Kampf und Sieg ihrer Klasse in ganz besonderer, eigener Art zu reden. Die politische Dichtung der Arbeiter steht meist sehr stark unter dem Einflusse der bürgerlich-revolutionären Dichtung.

## Arbeiterdichtung.

Vielleicht ist dieser Titel falsch. Ich will gar nicht von den Dichtern reden, die aus dem Proletariat emporklimmen, von jenen Arbeitern, die — wie Gerrit Egelle, Bekold, Bröger, Barthel, Vesch, — Künstler wurden und dem Worte „Arbeiterdichtung“ jene Beimischung von Mitleid, Geringschätzung und Entschuldigend, die ihm bisher eigen, für immer nahmen. Nein, nicht von diesen Arbeiterdichtern und ihrer Kunst will ich reden, sondern von — dachtenden Arbeitern.

Es gibt ihrer — vielleicht muß man sagen: leider! — viel mehr, als man glaubt. Zeichnung und Gedicht, — das sind die Kunstformen, in denen immer wieder Arbeiter ihre Empfindungen, ihre Wünsche, ihre Hoffnungen, ihre Lebensanschauung zu gestalten versuchen. Tausendmal scheitern die Versuche schon am Mangel der Formbeherrschung und Formkenntnis, am Mangel der Kenntnis der Technik und am fehlenden Vermögen, sie zu handhaben. Die hohe Schulkultur der sudetendeutschen Gebiete ist leider nur Legende, — in Wahrheit war unser Schulwesen fast jeder unzureichend, es gab und gibt nur verhältnismäßig wenige Bürgerschulen (in denen selbstverständlich auch noch kein Schulideal zu preisen ist!) und selbst diese können nicht geben, was erst recht nicht die Volksschule zu geben vermag: Formbeherrschung! Welcher Volksschüler kann, wenn er vierzehn Jahre alt geworden ist, auch nur einigermaßen mit dem Bleistift zeichnen? Kreide, Kohle, Feder, Farbe sind ihm fast fremd geblieben! Der Arbeiter, dessen Finger, von unverständlicher Gewalt getrieben, nach Papier und Bleistift greifen, kommt selten über allerschwächstes Nachahmen hinaus, zumeist bleibt aber sein Zeichnen — kindliches Stammein. Doch Schimmer ist's mit dem Dichten, denn es ist

verbreiteter. Jeder hat doch einmal Gedichte gelesen, jeder liest immer wieder einmal Gedichte. Jeder ahnt so ungefähr, was Reim und Strophe sind, — und mit der Sprache und in der Sprache, die jeder spricht, Gedichte „machen“ zu können, erscheint schonach Vielzubielen nur als eine Selbstverständlichkeit...

Von denen, die holperige Verse und sehr alte und sehr unreine Reime mühsam zusammenklauen, braucht nicht geredet zu werden, obwohl auch in ihren Seelen in den Augenblicken ihrer taglichen Schaffens ein Fünkchen jenes heiligen Feuers aufglüht, das aus jedes Künstlers Augen strahlt. — Aber von denen zu reden lohnt sich wohl, die ihre Lebenslang ringen mit der Form, die sie nie zu beherrschen lernen, mit der Sprache, in deren Geheimnisse sie doch nie eindringen (ach, geheimnisvoll bleibt sie uns allen immer, aber nicht der Mehrzahlbildung und der Abwandlung wegen), — die auf dem Wege zur Arbeit, wenn die Morgenmüde sich langsam von den Wiesen löst, im Rhythmus des Stampfens der Maschinen mit zuckenden Lippen Verse stöhnen, die sie eben formten, die sie formen müssen, — so wie sie es gestalten getan, wie sie es morgen, übermorgen, immer wieder werden tun müssen! Befessene, Dämonbeherrschte, — Glückselig-unglückliche, bewundert halb und halb bespöttelt von ihren Kameraden, — Dichter und doch keine Dichter. Denn was sie schaffen, wird in allen, alten Formen, — oder zerbricht an der falschen Wirkung — wird zertriften durch mißglückte Bilderbildung. —

Keine Zeitschrift, keine Zeitung gibt es, die nicht überschüttet würde mit Gedichten. Der Redakteur des „Familienblattes“ weiß, daß er den meisten seiner Leser Freude macht, wenn er hier und da eine „gefühlvolle“ Einwendung mit ein paar anerkenntlichen Beispielen abdruckt, daß

er ihnen aber noch mehr Freude macht, wenn er „die volle Schale seines Spottes“ über andere Einsender geräuschlos harmlosigkeiten oder Angeheuerlichkeiten ausgießt. Der Redakteur des Arbeiterblattes hat unter seinen Einsendern von Gedichten keine Literaturgänse, keine schwärmenden Pädagogen, keine reinenden Oberlehrer, keine verschmierten Gymnasialisten (die später höchst profanische Juristen werden), — sie sind durchwegs Arbeiter, Klassengenossen, — und sie kommen alle, alle schein und zaghaft, — zweifelnd an sich selber und doch voll Hoffnung, daß ihnen etwas gelungen, — da gibt's keinen Spott und kein leichtfertiges Ernütern, da ist sorgfältiges, liebevolles Beschäftigen mit jedem einzelnen der dachtenden Arbeiter Pflicht. Des unglücklichen Bekolds Hungerleben ist Warnung genug für jeden, der etwa glaubt, Dichter zu sein, das sei ein Beruf, von dem man auch leben kann. Aber Bekolds, Brögers, Engelles Dichtungen sind auch für viele Abschreckung: sie erkennen, daß sie solche Höhen des Künstertums nie zu erklimmen vermögen. Und ihre Wortgewandtheit, ihre Ausdrucksfähigkeit, ihre Verstandesschärfe können, ohne daß ihrer Freude an der Dichtung Abbruch getan wird, wirksamer werden im Dienste unserer Bewegung, als ihre Dichten es je sein könnten, — wenn sie verständige Führung finden. — Aber wer ihre Gedichte liest, — die Gedichte dieser Vergarbeiter, Textiler, Porzellan-, Metallarbeiter, — der wird immer wieder von Nahrung überwältigt.

Ein Vergarbeiter war durch eine Ansichtskarte, die ein Landschaftsbild zeigte mit der Unterschrift: „Ueber allen Gipfeln ist Ruh“, zu einem Gedichte angeregt worden. Er wußte nicht, daß Goethes zarrestes Gedicht mit diesen Worten anfängt. Was wissen die Schüler unser Dorfschulchen von Goethe, was können sie von ihm wissen? Ach, was weiß denn die Klasse unseres gebildeten Bürgerturns von ihm? Unser Genosse, der „Blok“ ein ungebildeter Vergarbeiter ist,



# Rohlenjammerstimmung in Paris?

Berlin, 20. Feber. (Eigenbericht.) Wie der Berichterstatter der „Voss. Zig.“ aus Paris berichtet, werden die Mitteilungen Poincarés im Kammerauschuss in offiziellen Kreisen mit Äußerungen aufgenommen. Seine Ausführungen hätten den Misserfolg der Ruhraktion nur bestätigt. In einzelnen Blättern werden Dinge berichtet, die Poincaré selbst als unwahr bezeichnet. Aber selbst

wenn die Franzosen täglich 70 Züge befördern, besagt das nichts gegenüber den 1205 Zügen, die normal im Ruhrgebiet verkehren. Lächerlich ist die Behauptung, neun Zehntel der deutschen Produktion ständen unter französischer Kontrolle. Eine solche Kontrolle würden sich die Arbeiter auf keinen Fall gefallen lassen.

# Inland.

## Die Verlektion beginnt!

Noch ist das Gesetz zum Schutze der Republik nicht beschlossen, aber schon finden sich Behörden, welche die bloße Tatsache der Verhandlungen über das reaktionäre Ausnahmegesetz als Anbahnung auffassen, sich durch Unterdrückungsmassnahmen gegenüber sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen die Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten zu erwerben. Gestern berichteten wir über eine geplante kommunistische Versammlung in Kalonitz, die die politische Bezirksverwaltung mit der Erklärung verbot, daß es jetzt nicht mehr angehe, solche Versammlungen zu gestatten. Heute wird ein ähnlicher Fall gemeldet. Wie die Tegliger „Freiheit“ berichtet, sollten in Chodan und Elbogen von der Zentralbildungsstelle unserer Partei veranlaßte Vorlesungen des ehemaligen Turnschauenspielers und meißnerischen Literaturprezidenten Professor Ferdinand Gregori abgehalten werden. Die Behörde hat nun diese Vorlesungen, die reinen Bildungszwecken dienen sollten — verboten. Als Vorwand dazu diente ihr das Vorhandensein eines Präsidialerlasses, welcher die Behörden anweist, die Einreise von Ausländern, welche in die Republik kommen wollen, um Vorträge zu halten, in diesem Falle von „Salutatschäften“ reden zu wollen, denn Professor Gregori ist über Studien unserer Zentralbildungsstelle in die Republik gekommen und erhält für seine Vorträge die bescheidene Summe, daß es lächerlich wird, diese Bezahlung als „Salutatschäfte“ zu erklären, was noch kommt, daß das Ministerium unter diesem Worte sicher etwas ganz anderes verstanden hat. Aber man sieht, wie in den Händen enghirniger Bürokraten jeder die Freizügigkeit und die Freiheit einschränkende Erlaß schon eine öffentliche Gefahr bedeutet. Wie soll dies erst unter dem Schutzgesetz werden, das die staatsbürgerlichen Freiheiten zum Arcimbold für jeden Bezirksbeamten, ja für jeden Gewerbetreibenden machen soll? Noch sieht zu erwarten, daß sich das Ministerium für Volksschulbildung einmüht und es zu verhindern sucht, daß den Bildungsbestrebungen der Arbeiterklasse solche unwillkürliche Hemmnisse bereitet werden, aber der Fall läßt weit blicken. Er läßt erwarten, wie es werden wird, wenn das Schutzesetz den Behörden die Verlektion zur Pflicht machen wird!

# Die Kohlenversorgung im unbefetzten Gebiet.

Berlin, 20. Feber. (Eigenbericht.) Ueber die Kohlenversorgung der unbefetzten Gebiete wird von offiziöser Seite mitgeteilt, daß es gelungen ist, in kurzer Zeit sehr viel Kohle aufzu-

bringen. Die Anläufe im Auslande decken einen großen Teil des Bedarfes und auch die Ersparungsmaßnahmen haben sich sehr gut bewährt.

# Die Bergarbeiterinternationale gegen die Ruhraktion.

Amsterdam, 20. Feber. (Ldb. B.) „Gewolf“ meldet: Am Samstag wurde eine Sitzung des Bureau der Bergarbeiterinternationale abgehalten, an welcher Vertreter aus England, Frankreich, Belgien, Holland und Deutschland teilnahmen. Nach längerer Besprechung wurde die nachstehende Resolution angenommen: Nach einer ausführlichen Darlegung über die Lage im Ruhrgebiet seitens der deutschen Delegierten und nach erörterter Prüfung hat die Leitung der Bergarbeiterinternationale beschlossen, die Proteste der Arbeiterorganisationen aller Länder gegen die Besetzung in jeder Weise zu unterstützen. Die Resolution fordert weiter, daß die Ruhrfrage und das Reparationsproblem dem Völkerbunde vorgelegt werden sollen und daß die Vereinigten Staaten, Deutschland sowie alle anderen Länder sich an der Lösung beteiligen sollen.

# Die Kredite für die Besetzungssaktion.

Paris, 19. Feber. Der Finanzminister wird morgen im Ministerrat den Entwurf einer ergänzenden Kreditforderung für die Besetzungssaktion im Ruhrgebiet während der Monate Januar und Feber unterbreiten, und ihn, wenn er die Zustimmung des Kabinetts findet, in der Kammer einbringen. Davaux glaubt zu wissen, daß die verschiedenartigen Ausgaben, die der Entwurf beinhaltet, zum größten Teile auf das Budget der von Deutschland zu ersetzenden Ausgaben (1) übernommen werden könnten. Es handelt sich: 1) um fünf Millionen für einmalige Ausgaben in der Vergangenheit und in der Zukunft für verschiedene Missionen; 2) um einen militärischen Kredit von 50 Millionen für die Beförderung und den Unterhalt der französischen Truppen im Rheinlande und im Ruhrgebiet. Von diesen 50 Millionen seien 15 Millionen abzutreiben, die dieselben Truppen im Heimlande gelöhnt hätten und die auf ein anderes Kapitel übernommen würden; 3) um 60 Millionen für die Eisenbahndienste der besetzten Gebiete. Diese Ausgaben verteilen sich auf die Betriebsmittel, die Inbetriebnahme und laufenden Betriebskosten requirierter Strecken. Die künftigen Ausgaben sollen auf das ordentliche Budget übernommen werden.

# Stimmen bei den Gewerkschaften im besetzten Gebiet.

Berlin, 20. Feber. (Eigenbericht.) Die freien Gewerkschaften von Rheinland und Westfalen hielten gestern in Oberfeld eine Konferenz ab, in welcher der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam Genosse Timmen das Referat erstattete. Es wurde beschlossen, den Kampf mit den bisherigen Mitteln weiter zu führen und bis zum Siege durchzuführen. betont wurde, daß man sich auf einen langen Abwehrkampf gefaßt machen müsse.

# Saktojan!

Essen, 19. Feber. (Wolff.) Das Kriegsgericht in Grevenau verurteilte den Kaufmann Doernberg aus Essen wegen Beleidigung (1) der Franzosen zu zwei Jahren (1) Gefängnis und vier Millionen Mark Geldstrafe.

# Verhaftung des Oberbürgermeisters von Düsseldorf.

Düsseldorf, 19. Feber. (Wolff.) Heute um 4 Uhr abend wurde der Oberbürgermeister von Düsseldorf nötigen, während er mit mehreren Stadtvorordneten eine Besprechung hatte, von einem Gendarmereioffizier verhaftet und in einem Automobil fortgeführt. Es heißt, daß er es abgelehnt hatte, eine Bekanntmachung der französischen Behörden zu veröffentlichen. Die Beamten und Angestellten der Stadt stellten zum Proteste der Verhaftung die Arbeit für 24 Stunden ein.

Düsseldorf, 20. Feber. (Havas.) Der gestern nachmittags verhaftete Düsseldorfer Bürgermeister Koerdgen wurde ausgewiesen. Eine Delegation der Stadt protestierte beim französischen General gegen die Verhaftung Koerdgens und es wurde ein allgemeiner Generalstreik beschlossen. Die Engländer räumen gestern die Eisenbahnstrecke Düren—Graevenicht, welche von französischen Eisenbahnern besetzt wurde. Die Eisenbahner der neubesetzten Strecke lehnten es ab, zu arbeiten, verließen ihre Arbeitsstellen, begingen aber keine Sabotage.

Mainz, 20. Feber. (Havas.) Der Post- und Telegraphendirektor in Mainz wurde verhaftet. Das Personal streikt. Sämtliche telephonische Verbindungen wurden unterbrochen. Die Postgebäude wurden von Militär besetzt.

# Neue „Siege“ der Franzosen.

Berlin, 20. Feber. (Wolff.) In Mainz wurde das Hauptpostamt und das Telegraphenamt von den Franzosen besetzt.

# Eine bisher englische Bahnlinie in französischen Händen.

Köln, 20. Feber. (Wolff.) Heute abends haben die Engländer die Bahnhöfe Barff, Bedburg und Delsdorf geräumt, die alsbald von den französischen Truppen besetzt wurden. Damit ist die Linie Rent—Düren ganz in französische Hände übergegangen. Die Eisenbahner der neubesetzten Bahnhöfe haben es abgelehnt, unter französischer Oberhoheit zu arbeiten und wurden darauf von den Bahnhöfen vertrieben.

# Die Mark fällt wieder.

Berlin, 20. Feber. (Eigenbericht.) Die Wirksamkeit der Reichsbank-Intervention auf dem Devisenmarkt scheinen nicht anzuhalten. Die Kurse der fremden Devisen stiegen neuerlich. Der Dollar erreichte einen Stand von 23,801, das englische Pfund 107,979, der Schweizer Frank 1364 und die tschechische Krone stieg von 590 auf 605 Mark.

# Seitliche Verwirrung im deutsch-bürgerlichen Lager.

Die deutschbürgerlichen Mütter brachten gestern gewaltige Berichte vom Kriegsschauplatz, auf dem die demokrationale Partei mit dem Bund der Landwirte einst. Zunächst gab es eine Theatervorstellung, in der die Kämpfer antreten, Dr. Lodgman von der deutschen Nationalpartei, Zpina und Juleger vom Bund der Landwirte, die ihre Klagen freuzien, alles ging wie bei einem regelrechten Duell und auch das Ende fehlte nicht, daß sich nämlich die Gegner miteinander verhöhnten, in dem am Ende eine Resolution gefaßt wurde, worin beiden Parteien, die genau das Entgegengesetzte wollen, recht gegeben wird.

Zunächst sprach Herr Dr. Lodgman, der von den Berichtsmitteln im letz. emhlohenen deutschen parlamentarischen Verbands erzählt, daß einzelne Mitglieder von Parteien den Gedanken der gemeinsamen Volksgemeinschaft etwas in den Hintergrund zu rücken trachteten. Das war nicht nur im Bund der Landwirte der Fall, auch Prof. Kahr-Barting war ein misslicher Vertreter dieser Richtung. Tatsache ist, daß Senator Juleger verkündete, daß seine einzige und letzte Hoffnung nur bei den tschechischen Agrariern liegt, daß er nur, noch bei seinen tschechischen Berufsgenossen in der Bekämpfung der Deutschen Abhilfe erwartet.

Wenn nun solche Anschauungen innerhalb des Deutschen parlamentarischen Verbandes miteinander rangen, dann war natürlich endlich und schließlich eine Scheidung der Geister nötig, und es mußte naturgemäß zur Sprengung des Verbandes kommen.

Lodgman behauptete, daß dieses Durcheinander von Meinungen nicht nur im deutschen parlamentarischen Verbands geherricht habe, sondern daß sich die einzelnen Vertreter des Bundes der Landwirte selber nicht einig seien, wie der politische Kampf in der Tschechoslowakei geführt werden soll.

Zodman kam Abgeordneter Zpina zum Wort, der zunächst seiner Bekämpfung darüber Ausdruck gab, daß zwei bürgerliche Parteien miteinander im Streit liegen, gerade in der Zeit des Kampfes um Ruhrgebiet. Ueber die Politik seiner Partei führte er im wesentlichen aus:

Die Politik des deutschen Volkvolkes kann keine andere sein, als eine reale und nichterne. Und das war mit der Grund, der uns die Reichsenschaft des Dr. Lodgman eingetragen hat. Wir alle wollen den Staat nicht in seiner jetzigen Form als Nationalstaat, das wollen nicht einmal die Sozialdemokraten, aber kein Mensch kann heute damit rechnen, daß unser höchstes Ziel, die Erreichung unserer Selbstbestimmung in der allernächsten Zeit oder auch nur in absehbarer Zeit in Erfüllung gehen kann. Können wir dieses anferste und letzte Ziel gleich jetzt und einzig und allein antreiben? Unsere eigene Ohnmacht und die ganze politische Lage Europas lassen uns dieses Ziel augenblicklich als nicht erreichbar erscheinen. Sagen Sie meine Herren, daß ich ein Acker bin, aber ich muß es aussprechen: es bleibt uns vorläufig nichts anderes übrig, als diesen hohen und hehren Gedanken der Selbstbestimmung in den heiligen Schrein unseres Herzens zu stellen und jeden Tag vor diesem heiligen Schrein unsere Anbacht zu verrichten. Aber die läßliche Betrachtung der wirklichen Verhältnisse bringt uns jeden Tag, gleichviel, ob wir

werden, gerade wegen der lauschkulartigen Elastizität der Umschreibung der strafbaren Tatbestände. Durch diese Elastizität ist es möglich, jede freirechtliche Regelung, jede oppositionelle Betätigung zu bestrafen. Es wird hierdurch der oberste Grundsatz jeder Strafrechtspflege, die keine Kabinetsjustiz sein will, nullum crimen sine lege (keine strafbare Handlung ohne Gesetz) aufgehoben. Redner führt sodann Beispiele der unklaren, überaus weiten Begriffe in dem Gesetze an. So hat der Entwurf für den Begriff der Aufreizung drei Ausdrücke, welche wohl Handlungsweisen von verschiedener Stärke bezeichnen, aber wahllos verwendet werden, sodas nach dieser Raffung des Gesetzes schon die bloße „Anregung“ von unfreundlichen Handlungen strafbar ist. Durch die Bestimmung des § 20 über die Strafbarkeit der groben Ungehörigkeit gegen einen gesetzgebenden Körper wird jede Obstruktion im Parlamente unter Strafe gestellt. Den Gipfelpunkt stellt aber die Bestimmung dar, daß die bisherigen strafrechtlichen Bestimmungen nur insoweit aufgehoben werden, als sie dem neuen Gesetze widersprechen. Da durch das Gesetz zum Schutze der Republik nur einzelne Teile der im alten österreichischen Strafrechtbuche aus dem Jahre 1903 enthaltenen Tatbestände herausgerissen und neu formuliert worden, ist durch die angeführte Bestimmung möglich, jene Handlung, welche durch das Gesetz zum Schutze der Republik nicht erfasst wird, nach dem bisher geltenden Strafrecht zu erfassen. Wer die Gelegenheitsgebot hat, im Kriege die verschiedenen Fälle von Anklagen wegen Hochverrat, Störung der öffentlichen Ruhe, Kupplung von verbotenen Handlungen usw. vor den Militärgerichten zu bekämpfen, der kennt die Gefahr, welche in einer „elastischen Fassung“ strafgesetzlicher Bestimmungen liegt.

Abg. Dr. Cerny erklärte, der vorliegende Gesetzesentwurf basiere auf den modernsten strafrechtlichen Anschauungen. Es ist nicht schwer, den Beweis zu liefern, daß das gerade Gegenteil der Fall ist. Die moderne Strafrechtsschule zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß das subjektive Moment des Motivs einer strafbaren Handlung als maßgebend für deren Beurteilung angesehen wird. Daher finden die politischen Delikte eine — wenn man so sagen darf — bevorzugte Behandlung. Der vorliegende Gesetzesentwurf geht den entgegengegesetzten Weg, indem er die politischen Delikte strenger behandelt, als die gemeinen Delikte.

Die im österreichischen Strafrechtbuche nur beim Hochverrat bestehende, vom moralischen Standpunkte aus allgemein verurteilte und verabscheute Denunziationspflicht wird auf nahezu alle politischen Delikte ausgedehnt.

Die im österreichischen Rechte nur beim Dabspiele bestehende allgemein verspottete Art der tätigen Reue durch Angehörige der Genossen wird für die politischen Delikte verallgemeinert. Die bedingte Verurteilung ist in den meisten Fällen ausgeschlossen, in allen übrigen verboten, „falls das öffentliche Interesse den Strafvollzug erforderlich macht.“ Während nach dem bisherigen Gesetze die Höchststrafe bei Personen bis zum 20. Lebensjahre zwanzig Jahre schwerer Kerker war, kann nach dem vorliegenden Gesetze über Personen nach dem vollendeten achtzehnten Lebensjahre lebenslänglicher schwerer Kerker verhängt werden. Das außerordentliche Milderungsrecht, ohne dessen Anwendung überhaupt kein Urteil noch gefällt wird, ist in den meisten Fällen ausgeschlossen. Schon das Gesetz vom 15. November 1897 Nr. 131. R. G. Bl., hat es für notwendig befunden, zu bestimmen, daß die mit der Verurteilung verbundenen Ehrenfolgen, sowie der Verlust von Benefizien und Berechtigungen und die Unfähigkeit, die politischen Rechte und sonstigen staatsbürgerlichen Rechte wiederzuerlangen, bei politi-

tion von Achtundvierzig oder sie wird, was noch schlimmer, zur gerechtem Zeitungsnotiz. Kein Wunder! Jahrzehntlang — es aus unjener Reihen Poeten erstanden und noch lange, nachdem schon Dehnel, Sandell, Holz für uns gestungen — dachte die deutsche Arbeiterbewegung ihren Bedarf an Poesie bei Freiligrath, Herwegh und Heine. Den Arbeitern mußte diese Dichtung lächerlich als die revolutionäre Dichtung erscheinen. Und auch dem: man war in der Partei nicht sehr anpruchsvoll und für schematische ästhetische Erziehung der Arbeiter sollten Zeit und Kraft.

Die Einstellung der Arbeiterbewegung zur Kunst wird eine ganz andere werden, wenn in noch mehr Arbeitern als bisher nicht nur Zehnheitssehnsucht, sondern auch Gestaltungsgedrang lebendig wird. Dann werden wir die Heberzeugung gewinnen können, daß das Profetariat die verurteilte büraerliche Auffassung überwinden wird, daß Kunst Spielerei, Zeitvertreib für mühsame Stunden und der Künstler Amüüsierer des Profetariats ist, der ihm ein paar Brosamen gönnt. — dann wird endlich Kunst Lebensnotwendigkeit werden! Sie ist es heute schon dem Arbeiter, der mit folgende Gedichte fandte:

## Am Wege.

Nach will der Morgen sich nicht zeigen,  
Am Ansoventraum die Vögel schweigen.

Wie eines Kranken Leids Gesicht  
Der Himmel steht in fahlem Licht.

Ein Redhahn klagt im Saatenfeld,  
Ein Hund aus nahem Dorfe bellt.

Durch grüne Nebel Lampen glimmern,  
Der Berge Schattensilbe schimmern.

So ist mein Stundenritt zu Ende,  
Das Werk braucht frühlingsfarne Hände!

## Reifwinde.

Reifwinde noch vom Wolfenberg tosen,  
Im Elbthal bläuen schon Aprilrosen.

Der Aische erster Schnee schon glänzt,  
Der Mai dort frühen Anfang nimmt!

So nah das Elud vorüber weilt,  
Ein arm auf einen Fied gestellt.

Wann wird sich uns der Frühling weiten  
Und seine Reiche duftend breiten?

Diese Gedichte schrieb ein Bergarbeiter, doch ein anderer, als der unterwühlt auf Goethes Spuren wandelnde. Ein Eisenbahner gab mir einen Roman zum Lesen, der das Zusammenleben der Nationen behandelt. Ein anderer Arbeiter schrieb einen großen sozialistischen Roman. Alle diese schreibenden, dachtenden Arbeiter wurden geweiht, eingebürgerlich, entstammten durch die sozialistische Bewegung ohne den Sozialismus, der der Besten des Profetariats viel mehr geworden ist, als ein politisches Ziel, der in ihnen religiöse Kräfte geweckt. Welchen tiefsten Empfindens geöffnet hat, — ohne Sozialismus ist der dachtende Arbeiter kaum denkbar. Auch der Katholik Heinrich Perich nicht, dessen Religion tiefstes Gemeinlichkeitssehen ist! — Sind diese dachtenden Arbeiter, die tausend unbekannt bleibenden ebenso wie ihre wenigen berühmten gewordenen Genossen, Erzeugnisse der das Pr letariat tiefst aufwühlenden Bewegung des Sozialismus, so sind sie uns auch Gewähr dafür, daß Sozialismus tatsächlich Emporführung der Massen zur Kultur und Bereicherung der Kultur bedeutet. Bereicherung um eine Fülle von Begabungen, die bisher von der „individualistischen“, kapitalistischen Gesellschaft niedergedrückt wurden, deren erst der „gleichmacherische“ Sozialismus allseitige Entfaltung ermöglichen wird.

Josef Hofbauer.



Regativisten oder Aktivisten sind, mit diesem Staat in Verbindung, und da haben wir die Pflicht, das Erreichbare dem Unerreichbaren voranzutreiben. So haben wir eine Revision unserer Politik vorgenommen und als das höchste vorläufige erreichbare Ziel, die Selbstverwaltung aufgestellt, das Bestreben, in diesem Staate die Autonomie zu verlangen.

Schließlich warf Spina auch der Nationalpartei vor, der deutsche Radikalismus habe bisher immer nur so gewirkt, daß er die tschechische Revolution festigte.

Sodann kam Senator Juleger zu Worte, der von den Deutschnationalen am meisten angefeindete Mann, dem die Parteiarbeiter des Herrn Lodgman den „Gang nach Kanossa“ vorwerfen. Juleger wehrte sich folgendermaßen:

In jeder Ausschüttung liegen Deutsche und Tschechen beisammen, im Industriellenverband arbeiten Vertreter beider Nationalitäten zusammen. In der Handelskammer, in der Notariatskammer, in der Advokatenkammer, ja sogar die Staatsbeamten und Lehrer gehen in beiden Nationen gemeinsam vor, wenn es sich um wirtschaftliche Angelegenheiten handelt. Glauben Sie, daß alle die ihre Nationalität aufgegeben haben? In ein Aufgeben des nationalen Standpunktes und der Grundzüge, welche die deutschen Parlamentarier bei ihrem Eintritte in das Parlament anstelleten, ist nicht gedacht worden.

Zum Schluß sprach noch der serbische Abgeordnete Böllmann.

Man sollte nach all diesen Ausführungen glauben, daß die beiden Parteien ihren gegensätzlichen Standpunkt darzulegen, keine die andere überlegen habe und daß dies nun öffentlich festgelegt sei. Wer so denkt, kennt eben die deutschbürgerliche Politik nicht. Denn die Versammlung nahm zum Schluß eine Resolution an, deren erster Satz folgendermaßen lautet:

Die Versammlung nimmt die Ausführungen der Abgeordneten Dr. Lodgman, Dr. Spina, Georg Böllmann und des Senators Juleger über die politische Lage zur Kenntnis.

Uffo! Dr. Lodgman sagt das gerade Gegenteil von dem, was der Spina sagt, aber die Versammlung nimmt unentwegt sowohl die Ausführungen Lodgmans als auch Spinas zur Kenntnis. Zwei Seelen wohnen, ach, in der Brust jedes biederer deutschbürgerlichen Reden in diesem Staate. Sie wollen Aktivisten und Regativisten, Treuepflichten und Patrioten zugleich sein. Sie möchten es sich weder mit dem Lodgman noch mit dem Spina verberben, ein cinig Volk von Brüdern sein, wenn auch der eine Bruder das gerade Gegenteil von dem will, was der andere anstrebt. Köstlich ist auch noch, daß zwar der Bund der Landwirte in dieser Versammlung die Majorität hatte, aber in der angenommenen Resolution zeigte sich vorfinden, die die Herren Spina und Juleger wohl nicht unterschreiben würden. So beispielsweise folgende:

Internationale Klassenverbände haben, wie die Erfahrung lehrt, ebensowenig zur Abwendung eines gegen ein Volk geplanten Unrechtes geführt, wie Anbiederungen an den nationalen Segner, welche nur augenblicklicher kleinlicher Vorteile oder Günstigungen willen Ziele und Aufgaben des Volksganges vergessen.

Die biederer deutschen Bauern haben also stundenlang vor Beginn der Versammlung den Saal besetzt, um sodann eine Resolution anzunehmen, in der zum Teile dem Herrn Lodgman recht gegeben wird. So ist also das große Redebüchlein angeordnet worden, und Spina, sowohl wie Lodgman haben ihr Vertrauensvotum in der Tasche. Nun möge jemand antworten und sagen, die Deutschbürgerlichen wissen nicht, was sie wollen.

Der Parteitag der Deutschen Gewerbetarbei hat gestern in Prag begonnen.

### Der Mord der Wiener Monarchisten.

Ueber die Mordtat der Wiener Monarchisten berichtet das Montagblatt der „Arbeiterzeitung“ nach folgende Einzelheiten: Von dem Gasthaus, in dem die Monarchisten ihre Versammlung abhielten, hatten 16 Mitglieder der unter der Führung des Oberleitnants Szabo stehenden „Oltava“-Gruppe des „Fortschritts“ den „Sicherheitsdienst“ übernommen. Alle waren mit Pistolen, Dolchen, Gummihandschuhen und nadelbesetzten Taschenknäueln bewaffnet. Wie es dann zu dem Mordanschlag kam, haben wir schon berichtet. Die „Fortschritts“-erkrankten während der folgenden Nacht überläßten auch einen Arbeiter, der dem Wachen auf der anderen Seite nachließ, um die Verhaftung der Missetäter durch einen Wachmann bewerkstelligen zu lassen. Als die Glocke schlug, riefen die Diaraburischen zwei Wachen, um sie irrezuführen, zu, sie sollen nach Baumgarten hinaus, dort werde geschossen. Gegen die herbeieilenden Leute kommandierten die Mörder: „Schwarzmilch!“, rufen die Revolver und verschleuderten, durch die Revolver die Leute in Schach haltend, im Dunkel der Nacht. Die sofort durchgeführten Re-He-Prüfungen haben die Verhaftung von fünfzehn Personen ergeben. Unter ihnen befindet sich auch der Bandenführer Szabo und einer der Mörder, der Postunterbeamte am Bahnhof Franz Opicla. Am Laufe des Montags wurden dann noch weitere vier Personen verhaftet. Der Postunterbeamte Opicla und der Schriftsteller Dietl haben zu, von der Plattform gesprochen zu haben. Oberleitnant Szabo, der erwiesenermaßen der Leiter der Diaraburischen war, steht bisher in Abrede, selbst geschossen zu haben. Er räumt aber ein, daß er vor einiger Zeit Schutz- waffen an andere Personen, unter ihnen auch an

solche, die Samstag mit ihm in der Straßenbahn fuhren, abgegeben hat. Szabo behauptet weiter, an diesem Abend überhaupt keine Pistole bei sich gehabt zu haben. Die Polizeidirektion in Wien hat eine Kundmachung erlassen, in der sie sich aufs schärfste gegen die Gewalttaten von Korporationen wendet, die durch unbeschnittene Uniform- und Waffentragen sich den Charakter amtlicher Organisationen geben.

Die Vorbereitungen der Wiener Arbeiterschaft zu einer neuen und mächtvollen Protestkundgebung sind bereits eifrig im Gange. Ueber die Empörung der Wiener Arbeiterschaft heißt es in der „Arbeiterzeitung“: Die Arbeiterschaft hat langmütig dem Treiben der Hakenkreuzler zugehört. Sie ist nicht länger mehr gewillt, noch einen ihrer Vertrauensmänner abtun zu lassen. In die zwei Jahre herrschte in Wien das Proletariat fast unbeschränkt. Der Gummihandschuh war zu jener Zeit unbekannt. Trotz all dem lächerlichen Geheiß vom „roten Terror“ wurde dennoch keinem Menschen ein Haar gekrümmt. Es bedurfte erst eines dreijährigen diktatorischen Regimes der „starken Hand“, um Wien zur Beute einer Brabobande werden zu lassen. Nun denn: die Arbeiter werden Mittel und Wege finden, um wieder Ordnung zu machen. Es sei mit aller Ruhe, aber mit aller Bestimmtheit allen jenen verkündet, die es anecht: Wer sich gegen die Arbeiterklasse mit bewaffneter Hand erhebt, wird zerstückelt werden.“ — Von der Postgewerkschaft in Wien wird festgestellt, daß der Mörder Opicla seit zwei Jahren der Postgewerkschaft nicht mehr angehört, da er wegen Schleierei und Diebstahl vom Dienste suspendiert wurde. Nach seiner Angabe hat Opicla in Russland der Roten Armee angehört, wo er viele Personen erschossen haben will. Trotzdem nun Opicla suspendiert wurde, ist er in der letzten Zeit stets nur im Automobil gesehen worden, was allgemein auffiel. — Der zweite Verlesene Katsch hat angegeben, daß er überhaupt in dem Gasthaus, wo die Monarchistenversammlung stattfand, nicht anwesend war, sondern daß er den Genossen Birneder gesucht hat und dann zufällig zu dem Ueberfall dazugekommen sei. Er begab sich dann gleich in ein Kaffeehaus, wo er bemerkte, daß er ebenfalls so schwer angegriffen worden ist.

Wien, 20. Febr. (Eigenbericht.) In der Nationalratsitzung haben heute die Sozialdemokraten eine dringliche Anfrage wegen der Produktiv-erwerbslosenfürsorge eingebracht und haben bei der Abführung der Debatte auch über den Mord von Samstag gesprochen. In der Begründung der Anfrage führte Genosse Hanusch aus: Die Regierung sieht die Industrietriebe aus politischen Gründen nicht ungern, denn wenn die bürgerlichen Parteien lange regieren wollen, müssen sie die Arbeiterschaft bezwingen. Die Reaktion kann zwar unter der Arbeiterschaft einige Pumpen finden, die zu Verteilern an der Arbeiterschaft werden. Solche Pumpen gibt es in jeder Partei. Unter den Arbeitlosen reiben sich Agenten herum, die mit Zehntausendern nur so herumwerfen und den von ihnen geworbenen Leuten Gummihandschuhe zum Kampf gegen die Arbeiterschaft geben. Wir sind jedoch, so betont der Redner, nicht in Italien, und Sie werden sehen, daß die Arbeiterschaft den österreichischen Faschisten gegenüber gerüstet sein wird. Der nächste Redner, Genosse Duntz, führte dann aus, es müsse der Minister des Innern klar sagen, ob er Kenntnis davon gehabt hat, daß solche Marschen mit Gummihandschuhen ausgerollt wurden. Er, Duntz, habe in einer Broschüre den Vorstoß gemacht, daß alle Parteien abströmen. Es gehe jedoch nicht, daß die Arbeiterschaft in Wien abströme, während drüben auf dem Lande die Demoskopen bestehen bleiben. In erster Stunde rufe die österreichische Arbeiterschaft der Reaktion noch eine letzte Warnung zu. — Von der Regierung sprach nur der Minister für soziale Verwaltung, der sich jedoch nur mit den Fragen der Arbeitslosenfürsorge beschäftigte, auf die anderen Anfragen der beiden Genossen jedoch überhaupt nicht einging.

### Telegramme.

Lärmigen im preußischen Landtag. Berlin, 20. Febr. Im preußischen Landtage kam es heute zu großen Lärmigen. Die Kommunisten wendeten sich gegen den Präsidenten Leinert, welcher ihren Antrag, die Regierung möge Maßnahmen gegen die Not des Volkes treffen, als der Geschäftsordnung nicht entsprechend bezeichnete. Die kommunistischen Abgeordneten verhinderten den Berichterstatter für den Justizhaushalt durch dauernde Aufre am Sprechen. Sie drangen auch gegen die Rednertribüne vor und Abg. Paul Hofmann wurde die Treppe zur Rednertribüne heruntergestoßen, worauf sich ein wildes Durcheinander entwickelte. Vizepräsident Perich entfernte sich von seinem Sitz und unterbrach die Sitzung. Die Erregung dauerte bis 5 Uhr an, worauf Beruhigung eintrat und die Sitzung wieder eröffnet werden konnte.

### Polens B Monenkredite.

Warschau, 20. Febr. (Tsch. P.) Das Finanzministerium wird dem Sejm in den nächsten Tagen einen dringlich leitenden Antrag vorlegen betreffend einen weiteren Kredit des Staates bei der polnischen Staatskassa in der Höhe von 1.474.000.000 polnische Mark, weiter einen Gesetzentwurf betref-

send eine weitere Bankanleiheemission in der Höhe von 1.200.000.000 polnische Mark.

### Bedenkliche Lage der Lodger Textilindustrie.

Warschau, 20. Febr. (Tsch. P.) Die Stagnation in der Lodger Textilindustrie nimmt bedrohliche Formen an. Der Mangel an Bargeld ist ein derart großer, daß die Fabrikanten bei Verzögerung der Rechnungen zehn Prozent Nachlaß gewähren. Infolge der Arbeiterentlassungen herrscht unter der Arbeiterschaft in Lodz große Erbitterung. In der gestrigen Sitzung der Arbeiterschaft wurde beschloffen, die Fabrikanten eventuell auch durch Drohungen zu zwingen, die Arbeit in vollem Umfang aufzunehmen. Bei einer Volksversammlung in Lodz wurde erklärt, daß gegen die Wucherer der Terror zur Anwendung kommen werde, wenn sie ihre Tätigkeit fortsetzen.

### Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn.

Budapest, 20. Febr. Im Ministerium des Äußeren werden heute mit den Delegierten der tschechoslowakischen Republik die im September des Vorjahres unterbrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen. Den Zweck dieser Verhandlungen bildet das auf Grund der früheren Verhandlungen abzuschließende Warenaustauschabkommen. Infolge technischer Hindernisse konnten die Verhandlungen erst jetzt fortgesetzt werden. Die Unterkommission wird die Detailberatungen bereits morgen aufnehmen. Die Verhandlungen werden ungarischerseits vom außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Rudolf Bodianer geleitet. Seitens der tschechoslowakischen Regierung nehmen an den Verhandlungen unter Führung des Gesandten Barroca, Ministerialrat Hanacsek, Sekretär Friedmann und Sekretär Gernot teil.

### Tages-Neuigkeiten.

Gegen die Ruhrbesetzung. — Gegen das Schutzgesetz.

Eine Massenversammlung in Rixdorf.

Zonntag, den 18. Febr., nachmittags, fand im Deutschen Hause in Rixdorf eine vom sozialdemokratischen Verein einberufene Versammlung statt, welche einen Massenbesuch aufwies, wie er in Rixdorf seit langer Zeit nicht mehr gesehen wurde. Waren doch gut an die 1200 Personen erschienen, von denen etwa 150 Kommunisten in einer Ecke des geräumigen Saales beisammen waren. Genosse Rehl eröffnete die Versammlung und teilte mit, daß die Tagesordnung eine Änderung erfahren muß, da es notwendig sei, auch über das neue Gesetz zum Schutze der Republik zu sprechen. Abg. Genosse Hillebrand, welcher als Referent erschienen war, löste diese seine Aufgabe in siebenviertheiliger Rede glänzend. Der Kern seiner Ausführungen war: Gegen die nationale Sache aller Nationen, gegen die Kapitalisten aller Länder; gegen den Krieg für die internationale Verständigung und für den Frieden. Das Gesetz zum Schutze der Republik unterzog er einer vernichtenden Kritik und gab der Meinung Ausdruck, daß noch kein Staat auf dieser Grundlage sich dauernd schützen konnte und ein ungerechtes Herrschaftssystem aufrecht erhalten kann. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Hierauf holte der Kommunist Knechtle aus Reichenberg seine kommunistischen Schöler, die allen Lachhüter hervor. Seine Rede wurde von den kommunistischen Gesellschaften mit überlautem Beifall aufgenommen. Genosse Hillebrand, der hierauf zum Schlusswort kam, wurde gleich bei den ersten Sätzen, mit welchen er die kommunistische Zerstörungsarbeit einer vernichtenden Kritik unterzog, durch einen ohrenbetäubenden Lärm unterbrochen und mußte vorzeitig die Versammlung geschlossen werden. Unsere Rixdorfer Genossen schickten den an uns gesandten Bericht mit folgenden Worten: „Das eine geben wir den Kommunisten mit auf den Weg: Das, was sie am 18. Febr. in Rixdorf ausgeführt haben, wird sich nicht mehr wiederholen und wenn sie die ganze Hafenside und die Max Höhe des ganzen Bezirkes aufbieten!“

Die Teplitzer Genossen und der Arbeitslosenrat. Aus Teplitz wird uns berichtet: Die erinnerlich, hat die Bezirksvertretung Teplitz es abgesehen, der Einladung des Bezirksarbeitslosenrates Folge zu leisten und die Sitzungen dieses Rates zu besuchen. In der gestern in Teplitz abgehaltenen sozialdemokratischen Bezirkskonferenz, in der Genosse Kremer referierte und die von 200 Delegierten besucht wurde, die Haltung der Bezirksvertretung gebilligt. Die organisierten Arbeitslosen lehnten es ab, bei den „unpolitischen“ Arbeitslosenrat mitzuarbeiten, da alle Angelegenheiten der Arbeitslosen von der Partei und Gewerkschaftssekretariaten unserer Partei viel besser und rascher erledigt werden können, als von neuen Arbeitsstellen. In diesem Sinne sprachen sämtliche Debatteure.

Abrechnung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft des Komotauer Bezirkes mit den Nationalisten. Die Deutschnationalen hatten in den letzten Tagen im Komotauer Bezirke eine ganze Reihe von Versammlungen einberufen, welche von der sozialistischen Arbeiterschaft als Kampfaufgabe aufgefaßt wurden und welche die Arbeiter

befuchten, um sich die „Anfragen“ der Deutschnationalen anzuhören und darauf zu antworten. Alle diese Versammlungen der Deutschnationalen haben nun mit deren jämmerlicher Niederlage geendet. In Egidis fand die deutschnationale Versammlung sächelweg vor sozialdemokratischen Arbeitern statt und Genosse Stadler bereitete dem deutschnationalen Referenten Senator Oberleitner eine Niederlage, an welche dieser und seine Partei noch lange denken werden. Nach den Reden des kommunistischen Sprechers und noch zweier Genossen hieß es der gefällige Senator für besser, auf sein Schlusswort zu verzichten, so daß die deutschnationale Versammlung, die zu neun Zehntel von sozialistischen Arbeitern besucht war, mit dem „Ged der Arbeit“ schloß. Genau so erging es den Deutschnationalen in ihrer Versammlung in Komotau, in der der Chauvinist Kallina genötigt war, sein Referat vor einer Versammlung zu halten, die sich zum überwiegenden Teile aus sozialistischen Arbeitern zusammensetzte. Das Präsidium versicherte, daß nach dem Referat des Abgeordneten Kallina dem sozialdemokratischen Redner volle Redefreiheit werde gewährt werden. Kallina versuchte aber ins Endlose weiterzusprechen — trotz des wiederholten Einspruchs des deutschnationalen Vorsitzenden — was schließlich zu einem riesigen Tumult führte, von dem Regierungsvorsteher zum Anlaß nahm, die Versammlung aufzulösen. Auch in Oberdorf war in der Versammlung der Deutschnationalen eine überwiegende Arbeitermajorität erschienen und unter stürmischem Beifall rechnete Genosse Kallina mit dem deutschnationalen Referenten Abgeordneten Brunar ab. In Zebau trat dem Abgeordneten Kallina Genosse Müller entgegen, nach dessen Referat sich die Arbeiter mit einem Hoch auf die Internationale aus der Versammlung erifernten und den Herrn Kallina sich allein überließen. In Klösterle wiederum endete eine Versammlung der Nationalsozialisten, in welcher Genosse Kallisch dem Referenten entgegentrat, mit einem glänzenden Siege der Klassenbewußten Arbeiterschaft. — In Teplitz kam es gelegentlich einer Versammlung, in welcher Deutschnationalen und Landhändler einander entgegentraten, zu einem Tumult. Nachdem nämlich der Sprecher der Kommunisten keine Rede beendet hatte, verließen diese die Versammlung, im Nebenraume aber kam es zu einem Handgemenge zwischen Kommunisten und Deutschnationalen, bei dem es auch Verletzungen gab. Inmitten dieses Tumultes löste der Regierungsvorsteher die Versammlung auf.

Reberall diese schädliche Wirkung der kommunistischen Demagogen. Aus Leitmeritz wird uns geschrieben: Mit großem Tumult arrangierten die Wollauer Unentwegten am 18. Febr. im Gradahoffsaal in Leitmeritz eine kommunistische Protestversammlung gegen das neue Ausnahmengesetz. Im ganzen Bezirk wurde die kommunistische Trommel gerührt, damit ja niemand fehle und damit man wieder einmal sehe, welche ungeheuren Anhang die kommunistische Partei habe. Der bekannte Wunsch aus Aufsig wurde als Redner angekündigt. In der Versammlung aber waren die Kommunisten in der schwindender Minderheit, was sie schon vor Beginn der Versammlung in ziemliche Unruhe versetzte. Als nun die nichtkommunistische mehr als Dreiviertelmehrheit die Wahl eines Präsidiums verlangte, nahmen dies die Kommunisten zum Anlaß, um einen Skandal zu inszenieren und dies offenbar in der Absicht, den anwesenden Regierungsvorsteher zur Auflösung der Versammlung zu veranlassen. Sie fingen an zu brüllen und zu schimpfen, was sich natürlich die nichtkommunistische Versammlungsmehrheit nicht so ohne weiteres gefallen ließ. Die kommunistischen Rodamacher waren an die Luft gesetzt worden, wenn ihnen der Regierungsvorsteher mit der Auflösung der Versammlung nicht sofort zu Hilfe gekommen wäre. Und so hat der kommunistische Protest geendet, ehe er noch beginnen sollte. Natürlich wird jetzt die kommunistische Presse die Sachverhalte als die Verfolgung hinstellen wollen. Daß aber die Kommunisten absichtlich ihre eigene Versammlung unmöglich machten, weil sie sich vor den moralischen Helden, die sie ausgeführt hätten, fürchteten, diese Wahrheit wird sie ihren Lesern sicherlich nicht mitzuteilen wagen. Herr Wunsch wird auch seinen Lesern nicht mitzuteilen wagen, was er von den Arbeitern, trotz der Auflösung, zu hören bekam. Es wurde ihm von den Arbeitern u. a. zugerufen: „Ihr habt uns kampfunfähig gemacht, ihr seid die Schuldigen.“ „Ihr habt ja mit eurer Spaltungsarbeit selber die Aktion gestärkt und ihr so die Schaffung des Ausnahmgesetzes ermöglicht.“ Und damit haben die Arbeiter den Nagel auf den Kopf getroffen.

Neue Zustände in der Bezirksverwaltungs-kommission Duz. In der Sitzung der Exekutive der Duxer Bezirksverwaltungs-kommission am Montag, den 29. Jänner, wurde mit der Beratung der Bezirksvoranschläge für 1923 begonnen. Als einige Mitglieder über einen Posten Aufklärung verlangten, geschah etwas ganz Ungehörliches. Der Vorsitzende samt dem Amtsdirektor und dem Kassier schwenkten sich nicht, den Mitgliedern der Kommission eine grobe Unwahrheit vorzusetzen. In den Voranschlag war nämlich ein Posten von 2000 Kronen für Revisionen eingestellt. Auf die Frage, für welche Art von Revisionen dieser Betrag Verwendung finden soll, konnten der Vorsitzende und die zur Beratung beigezogenen Beamten nur mit einem verlegenen Schweigen antworten. Schließlich griff man zu einer Notung, und erklärte, daß die Revisionen der Bezirksrechnungen darunter fallen. Auf die Frage, wann die letzte



derartige Revision stattgefunden hat, wurde geantwortet: „Im Jahre 1921“. Da weder der Verwaltungsausschuss noch eine Revision der Mitteilung gemacht noch sonst ein Revisionsbefund vorgelegt, eine Revision seit Einsetzung der Kommission überhaupt nicht durchgeführt wurde, sah sich unser Vertreter in der Exekutive veranlaßt, die Sitzung zu verlassen und diesen Fall der Parteizentrale vorzulegen. Die Parteizentrale sah den Beschluß, aus diesen und aus den in der Mitteilung über die Mandatsniederlegung bereits veröffentlichten Gründen (unzureichende Vertretung, kein Vorhändler aus den deutschen Parteien, Nichterhaltung von Versprechungen der politischen Behörden) die Vertreter der Partei aus der Bezirksverwaltungskommission zurückzuziehen. Der derzeitige Vorsitzende dieser Kommission ist der tschechische nationalsozialistische Abgeordnete Drog.

**Der Streit zwischen Hortykisten und Karlisten.** Aus Wien wird uns gemeldet: Der ungarische Legationsattaché Kofosch weist vor einiger Zeit in der Slowakei und soll dort einem Berichterstatter der „Prager Presse“ erklärt haben, Ungarns Nachbarn würden solange keine Ruhe haben, als in Ungarn ein Mann wie Admiral Hortyk an der Spitze der Regierung stehe. Wegen dieser Äußerung wurde Kofosch heute in ungarischen Abgeordnetenhause von den Regierungsparteien heftig angegriffen. Die Regierungsparteien verlangten seine Bestrafung und Niederlegung des Mandats. Es verlautet, daß unter diesen Umständen an eine Niederlegung des Mandats gegen die Königsfamilie selbst dann nicht zu denken ist, wenn Apponyi mit bestimmten Wünschen der Königin Zita zurückkehrt.

**Festnahme eines Millardenbetrügers.** Aus Dresden wird gemeldet: Der Dresdner Kriminalpolizei ist es gelungen, einen Millardenschwindler festzunehmen, der in den verschiedenen Städten Deutschlands als Volkskommisär für die Ukraine und Rußland auftrat und überall Bestellungen im Werte von Hunderten von Millionen Mark machte. So kauft er ein Automobilzug um 30 Postautos im Werte von 800 Millionen. Eine Maschinenfabrik um eine halbe Milliarde und eine Tabakfabrik um 300 Millionen Mark. Auch in Dresden machte er Bestellungen auf Schokolade und Biscuits im Werte von 200 Millionen Mark, die er mit gefälschten Schecks bezahlte. Die Firmen, die Verdacht schöpften, wandten sich an die Polizei, welche den Schwindler verhaftete, und in ihm den Buchhändler Georg aus Danzig, zuletzt in Berlin wohnhaft, feststellte. Der Gesamtschaden soll sich auf viereinhalb Milliarden Mark belaufen.

Eine aufgelöste kommunistische Versammlung in Reichenberg. Die kommunistischen Arbeiter veranstalteten Dienstag nachmittags eine Kundgebung gegen das Schandgesetz. Nach dem Referat des Abgeordneten Kreibitz löste der Referatgeber, der den Redner einige Male unterbrochen hatte, die Versammlung auf. Die Redner veranlaßten darauf einen Demonstrationzug. Im Verlaufe der Demonstration wurden, wie der „Vorwärts“ berichtet, einige kommunistische Jugendliche verhaftet.

**Die Sorgen der Wiener Regierungshofkanzlei.** Das „Rohrblatt“ zur Durchführung der Volksabstimmung enthält die von dem großdeutschen-monarchistischen „Blätter“ erzwungenen Fragen bezüglich der Volkszugehörigkeit und „Rasse“, sondern diese Punkte sind auf einem dem Volksabstimmung beistehenden Zettel enthalten. Wie nun im Rathaus verläuft, wird von den Magistratsbeamten auf die Parteien keinerlei Druck ausgeübt werden, diese Fragen zu beantworten, sondern es wird ihnen anheimgestellt

bleiben, dies zu tun oder es zu unterlassen. (Womit sicherlich unsere Genossen im Wiener Rathaus die blödsinnige Pöhlmannerei der Franz- und Herzog-Brüder in geradezu vornehmer Art abgehan haben.)

**Poteminsche Schneestürme in Ostböhmen.** Aus Wien wird uns berichtet: Das k.u.k. meteorologische Institut spricht in seinem Bericht von „großen Schneestürmen“ jenseits der Donau. Da die Abreise der Kontrollkommission nach dem durch die schrecklichen Zustände, die dort herrschen bekannnten Internierungslager von Jaso-Egerzeg bevorsteht, ist es notwendig, daß der Bericht des Institutes auf Befehl der Regierung gefälscht wurde. Schon im Jänner hatte man das gleiche Manöver versucht und als oppositionelle Abgeordnete das Lager trotzdem besuchten, fanden sie die falsche Wirklichkeit vor.

**Ein vierzigjähriger und unglücklicher Liebe in den Tod gegangen.** Der 40jährige Landwirt Franz Marek, der mit seinem Vater in Großlippen ein Anwesen bewirtschaftete, wollte eine 20jährige Witwe aus dem gleichen Orte heiraten. Da sein Vater jedoch in die Heirat nicht einwilligen wollte, weil die Witwe arm ist, sagte Marek den Entschluß, aus dem Leben zu scheiden. Er verließ am 12. Februar sein Haus und wurde einige Tage später in einem Walde erhängt aufgefunden.

**Neue Münzherstellung.** Wie das Abendblatt des „Ester Stab“ meldet, sind einige Muster der neuen Münzherstellung dem Finanzministerium überreicht worden, mit deren Prägung erst nach drei Monaten begonnen werden soll. Sie sollen den bisherigen Prägungen ähnlich sein, sind aber im Durchmesser um zwei Millimeter kleiner und aus einem Aluminium werden 600 Stück geprägt. Später werden neue Zweihellerstücke ausgeben werden von derselben Form wie die Fünfheller, sie werden aber aus reinem glänzenden Zink geprägt.

**Tragisches Schicksal eines Bankbeamten.** Dieser Tage wurde im Durchhaus der „Lucerna“ in Prag der 24jährige ehemalige Bankbeamte Gottlieb Sajer, der obdachlos ist und im Durchhaus die Nacht verbringen wollte, angehalten. Sajer hatte kein Geld bei sich, doch wurde bei ihm ein Sparkastenschlüssel der Agrarbank in Pilsen auf 4500 K gefunden. Als man Sajer fragte, warum er das Geld nicht behebe, bekannte er, daß er in der Bank keine Einlage habe und daß er die Eintragung der Einlage in dem Sparkastenschlüssel gefälscht habe. Das Buch entwendete er, als er bei der betreffenden Bank angehalten war. Sajer erkundete weiter, daß er sich auf das gefälschte Sparkastenschlüssel von jemandem Geld ausborgen wollte. Er wurde dem Landesstrafgerichte eingeliefert.

**Der Verkehr auf der Prager Strahnbahn wird am Mittwoch nachmittags von 2 Uhr an auf den Linien Nr. 1, 3, 8, 9, 10, 11 und 13 unterbrochen werden.** In der Zeit des Zuges zum Krematorium wird auch die Verbindung zum Oshoner Friedhof und Strahnsitz unterbrochen sein. Für eine genaue Bestimmung von Wagen zum Abtransport der Teilnehmer an dem Begräbnisse Dr. Rosins vom Krematorium aus ist Vorsorge getroffen.

**Einbruchversuch und Einbruch.** Montag um halb 10 Uhr abends wollte ein unbekannter Täter in das Magazin der Landesfinanzdirektion in der Goldschloß in Prag eindringen und versuchte mit einer Hacke einige wichtige Schläge gegen das Tor des Magazins. Er wurde jedoch überrascht und flüchtete durch die Hafelgasse. — In der Nacht auf Dienstag drangen unbekannt Täter in den Keller des Hauses Nr. 22 in der Karlsplatz in Karolinenthal und von dort in das Goldwarengeschäft des Paul Subrt, wo sie den Ausgelagerten beinahe vollständig ausraubten und eine große Menge von Brillanten, wie goldene Brillantringe, Armbänder, Uhren usw. entwendeten. Die Höhe des Schadens ist bisher noch nicht festgestellt. Nachforschungen wurden eingeleitet.

### Kleine Chronik.

**Zusammenstoß zweier Güterzüge.** Das ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet aus Groß-Kanizza: Montag nachmittags stieß in der Station Mura-Keresztur ein jugoslawischer Güterzug mit einem ungarischen Güterzug zusammen, wobei zwei jugoslawische Eisenbahnangestellte getötet und einer schwer verletzt wurde.

**Zusammenstoß zwischen Dampfer und Fischerfahrzeug.** Aus Christiania, 20. Februar wird gemeldet: Heute vormittags stieß zehn Kilometer südlich von Bergen der deutsche Dampfer „Wesfalen“, der in dem engen Fahrwasser nicht ausweichen konnte, mit einem Fischerfahrzeug zusammen und beschädigte es so stark, daß es gleich unterging. Ein Mann der Besatzung des Fischerfahrzeuges ertrank, während acht gerettet werden konnten. Die „Wesfalen“ ist mit der gereinigten Mannschaft an Bord in Bergen eingetroffen.

**Stürme an der englischen Küste.** Londoner Blättermeldungen zufolge wütete an der atlantischen Küste Englands ein heftiger Sturm. Es wird gemeldet, daß einige Schiffe dortselbst gestreut sind. Der Dampfer „Radium“ wurde von dem Sturm am Meere bei Hull überfallen, stieß an einen Felsen und ist gesunken. Die Mannschaft wurde gerettet. — Infolge außerordentlich schwerer Schneestürme sind während der letzten zwei Tage zahlreiche Dörfer in den nördlichen und mittleren Grafschaften Englands und Schottlands vom Verkehr abgeschnitten worden. In der Grafschaft Derbyshire sind 60 Dörfer abgeschnitten. Mehrere Eisenbahnlinien sind durch Schneewehen von 10 Meter Höhe gestört.

**Ausbau des Ritterschutzes in Amerika.** In keinem Lande der Welt wird seit Jahren so viel für den Schutz der Mütter Neugeborener getan wie in den Vereinigten Staaten. Aber eine Fürsorge, die in einem europäischen Kulturstaate schon längst zum Ziele geführt hätte, bleibt in dem größten Staate des amerikanischen Kontinents in den Kinderschuhen stecken. Weite Gebiete des ungeheuren Landes entbehren noch heute der primitivsten Vorrichtungen für die Wöchnerinnen wie für den Säugling. Daran ist es zurückzuführen, daß alljährlich in den Vereinigten Staaten über 20.000 Frauen im Wochenbett sterben, weil sie saugnäher Hilfe und Pflege entbehren, daß über 100.000 Kinder im Jahre tot zur Welt gebracht werden, und eine noch größere Zahl in den ersten Lebensmonaten stirbt. Um diesen entsetzlichen Missetatungen abzuwehren, ist in manchen Staaten eine Wöchnerinneninspektion eingeführt worden; nach Meldung einer Neugeburt, die innerhalb 48 Stunden erstattet werden muß, besucht ein geburtshilflich ausgebildeter Arzt die Wöchnerin, um nach dem Rechte zu sehen. Um nun einen Sprung zum intensiven und reichlichen Fortschritt in der Mutter- und Säuglingsfürsorge auf die in dieser Hinsicht zurückgebliebenen Staaten auszuweiten, ist jetzt dem Kongreß der Vereinigten Staaten ein Gesetz unterbreitet worden, das ein Mindestmaß von Schutz und Fürsorge jeder Mutter und jedem neugeborenen Kinde gewährleisten soll. Ins Auge gefaßt wird die Errichtung von Mutterberatungs- und Säuglingsfürsorgestellen in Stadt und Land und die systematische Unterweisung von Ärzten, Hebammen und Fürsorgerinnen in der Mutter- und Säuglingshygiene. Die Durchführung des Gesetzes wird dem staatlichen Kinderschutzamt in Washington obliegen. Merkwürdigerweise ist dieses Gesetz heftigem Widerstand begegnet. Seine Gegner sind in erster Linie die strengen Sittenapostel. Sie befürchten, daß der erhöhte Schutz, der auch dem nichtehelichen Kinde und seiner Mutter zuteil werden soll, als „Anreiz zur Unzucht“ wirken und die Zahl der „illegitimen“ Verhältnisse und Kinder vermehren würde. Andere wieder erklären die Kontrolle der Mütter und Säuglinge durch die Beratungsärzte und Fürsorgerinnen

als unzulässigen Eingriff in die Rechte der Familie und als eine Verletzung der durch die Verfassung verbürgten persönlichen Freiheit. Es ist jedoch zu hoffen, daß die Vernunft über „Moralisierer“ und verbohrteten Doktrinarismus siegen wird, und daß das Mutterrechtgesetz in den Vereinigten Staaten mit seinen sicherlich nicht ausbleibenden segensreichen Wirkungen andere Staaten zum Nachahmen anzuregen wird.

### Gerichtssaal.

#### Verurteilte, die ihre Arrestierung als ihr Recht fordern!

Der Strafschuss bei Verurteilungen gilt selber als ein Rechtswohlstand. Das unglückliche Geschick und die große Arbeitslosigkeit haben es nun mit sich gebracht, daß viele Leute auf den Strafschuss, wenn er ihnen auch zugesprochen wird, verzichten, um lieber im Kerker zu sein, als auf der Straße zu verhungern. Kürzlich ereignete sich im Wiener Landesgericht sogar der Fall, daß ein Verurteilter seine Arrestierung als sein Recht forderte. Die Wiener Blätter berichten über diesen Vorfall, der für die entsetzliche Not der Opfer der Wirtschaftskrise ein charakteristisches und zugleich ein dringlich mahnendes Zeichen ist: Ein junger Arbeiter, der wegen eines geringfügigen Diebstahls zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden war, hatte gegen seinen Willen einen Strafschuss erhalten und meldete sich am nächsten Tag freiwillig, um in den Arrest zu gehen. Der Funktionär, mit dem er sprach, machte ihn auf die Wohlthat des Aufschubes aufmerksam und legte ihm nahe, davon Gebrauch zu machen. Als der junge Mann beharrlich ablehnte, mußte der Richter mit der Erklärung herausrücken, daß Nichterfüllung der Sozialpflichten seine augenblickliche Aufnahme erschwere. Der angepöbelte Häftling erschien aber schon am nächsten Tag wieder und bat um neue Haft um seine Arrestierung. Als er den gleichen Beschuld wie am Vortag erhielt, wurde er energisch. Er erklärte, daß er arbeitslos ist, eben deshalb ist seine Strafe abtun wollen, in der Hoffnung, daß sich die Verhältnisse geändert haben werden, wenn er seine Freiheit wieder erlange. Schließlich erklärte der Mann rundweg, er besähe ganz einfach darauf, seine Strafe sofort anzutreten, denn darauf habe er ein Recht. Man hat schließlich dem jungen Menschen dieses Recht nicht weiter streitig gemacht.

### Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

#### Ballmirtschaft und Sozialpolitik.

#### Vorländerkonferenz der tschechischen Gewerkschaften.

Wie das „Pravo Lidu“ erst gestern berichtet, fand am 10. Februar in Prag eine Vorstandskonferenz der der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigungen angeschlossenen Verbände statt, in der 28 Verbände vertreten waren. In der Konferenz erstattete der Zentralsekretär Lajerle ein Referat über die wirtschaftliche Situation und die Lage der Organisationen, Sempel einen Bericht über den internationalen Friedenskongreß im Haag, Pertal über die Hilfsaktion für Rußland. Die Konferenz genehmigte sodann die Richtlinien für die Führung der Lohnbewegungen, worauf eine Reihe von Resolutionen angenommen wurden. In der ersten dieser Resolutionen bestätigt die Vorstandskonferenz die Entscheidung des Zentralrates vom 18. Jänner betreffend den Konflikt im Ruhrgebiet. Die Vorstandskonferenz spricht die Ansicht aus, daß der Streik dem Völkerverbund vorgelegt werden soll. In einer anderen Resolu-

### Der Held im Schatten.

Roman von Karl Döbner. (8)

Watt ging hinter den Häusern der Mond auf. Nachdenklich folgte Ernst seiner Bahn, fühlte, wie der weiße Glanz magnetisch an seinen Augen lag und schwärme fesselt ins ausgebreitete All. So weich und rund war auch Gertruds Gesicht, und der Glanz ihrer Augen konnte genau so lächeln über die Wangen streifen. . . . Was tat sie jetzt? Wo lag eben ihre Hand? . . .

Das Karussell in Ernstens Hof war wieder an alter Stelle und drehte den gleichen Kreis vor vorne. Drehte den Kreis oft, bis das letzte Licht in dem Hause erlosch und nachfolter Rauch von den Sternen wehte.

Laumelnd und tief verwirrt machte sich Ernst dann heimwärts, den Kopf schwer gesenkt und Gefühle wärend, die bis zum Morgen auf seinen Schlaf drückten. . . . Die Mutter schüttelte den Kopf zu seinem Aussehen, glaubte aber, daß er zu Besuch bei einem Freund gewesen und mit diesem Schularbeiten gemacht hätte.

Dreimal besuchte Ernst die Kirche an jedem Sonntag. Es dünkte ihm nicht genug, im Hauptgottesdienst gewesen zu sein. Anschließend blieb er auch gleich zum Aino-gottesdienst und jeden Sonntagabend sah er die Sonne durch gemalte Kirchenfenster untergehen.

glauben, daß die Welt gut und ordentlich bestellt ist. Daheim verlor Ernst jeden Glauben an diese Ordnung der Welt. Sie waren fünf Personen und wohnten in zwei Zimmern, keines größer als ein rechtshafter Schweinestall. Das eine Zimmer sah ihm Hof hinaus, der immer, solange Ernst sich erinnerte, voll Schmutz und Gerümpel lag. Gleich unter dem Wohnungsfenster stand eine Dunggube zum Himmel. Diesen Hof roch Ernst auch wenn er nicht daheim war. Der Geruch haßte an seinem ganzen Jugendleben.

Wie anders in der Kirche! Wenn er die Worte überschritt, fühlte Ernst eine Welt über Düste hinter sich verwehen. Das verlohnte wohl, ein feierliches Gesicht zu schneiden und die sonst so aufgeregte Schwelge auf würdige Gemessenheit zu säufigen. Nicht vor dem Altar hatte sich Ernst einen in die Wand oclloffenen Klappstuhl angeschafft. Kirchenschiff und Empore ließen sich von da gut übersehen, und wenn Ernst die Augen hinter sich warf, äugelte er drei Reihen zurück mit den Mädchen. Aus Leibesträften sang er:

Du, du Jehova will ich singen,  
denn wo ist noch ein solcher Gott wie du  
Du will ich meine Lieder bringen.  
O, gib mir deines Geistes Kraft dazu!  
Daß ich es tu im Namen Jesu Christi,  
so wie es dir durch ihn gefällt ist.

Am liebsten hätte er die ganze Stunde gesungen, weil das schöner klang, als wenn von der Kanzel Pfarrer Bäumlein grünte und durch die Nase sprach.

Jaunderhste Stimmung baunte Ernst besonders in die Abendstunden. Das Schiff anete in seltsamen Wellen. Die bunten Kirchenfenster lebten stark farbiges Leben, und drunten sahen die Menschen, eins mit dem dämmerigen Halbdunel, davon sie sich nur manchmal durch eine Bewegung lösten. Die Orgel rauschte gedämpfter als am Vormittag; sanft brach sich das Wellen

und Schwellen der Töne in den Winkeln, und des Predigers Stimme wiegte sich darüber wie eine weiße Taube. Ganz vertrocknet und klein lehnte Ernst in seinem Sitz, mochte kaum atmen und gab sich völlig auf im Tanz der Winter und Schatten. Gott und alle steinernen Heiligen tanzten. Es waren Märchenjungen; Welt und Zeit schienen Ernst verwunschen und in das Dornroschenschloß gebannt.

So löstlich war dieses Erleben, daß Ernst keine äußere Berührung zuließ. Niemand merkte seine Ergriffenheit, die Eltern am wenigsten. Ihnen war Gott und die Kirche weit aus dem Sinn gerückt, obwohl die Mutter streng auf den Kirchenbesuch der andern hielt und selbst kein Begräbnis veräumte. Sie wußte sich keine höhere Erbauung, als Grobreden anzuhören. Doch das eigene Leben nach den Lehren der Kirche zu gestalten, sittlich aus Kirchgang und Grabrede zu gewinnen, lag nicht im Kreis ihrer Entschlüsse, und da Vorbilder immer stärker sein werden als Worte, zog auch Ernst keine Rubanwendung aus seiner kirchlichen Liebsberei.

Das Leben predigte nach einem andern Text als die Kanzel. Dazu predigte es jede Stunde, nicht wie der Pfarrer nur am Sonntag. Schön war diese Predigt nicht, o wirklich, gar nicht. . . . Ernst sah, wie seine Familie aus dem Leim ging. Vater Johannes war gewiß ein lieber Mann von beschränkter Ehrlichkeit und unbeholfener Güte. Jeden Tag, ob es blähte oder schneite, war er mit der Sonne auf, trank den dünnen Kaffee und strich das Fehrgeld vom Tisch, das die Mutter bestimmt hatte. Wenn der Mond ausging, trachte die Biene wieder unter dem harten Schritt. So jahraus, jahrein ohne Aenderung und Stodung! Wie der Gang in einem Gölpel, war der Tageslauf des Vaters, und die gleiche Gewalt trieb auch die Mutter ihren Weg. Nur daß sie nicht stumpf in diesem Zwang wurde, sondern scharf und spitz. Scharf und spitz in Wor-

ten, Meinungen und Taten. Untrennbar an den Mann geschlossen, empfand der die Stacheln und Dornen zunächst und vornehmlich.

Die Eltern waren sich am Anfang gewiß herzlich gut. Doch das Leben schiedete sie enger zusammen, als dem persönlichen Eigennutz genehm ist. Jeder empfand des andern Last als eigene Last. Was geteilte Bürde sein wollte, wurde doppelte Beschwerung. Was Wunder, daß jedes strebte, von der Kette loszukommen! Die heftigen Bedrängungen des Lebens erbitterten die beiden Leute gegeneinander und da ihnen die Armut jeden Ausweg veranmeltete, stießen sie sich im Käfig ihrer Ehe wund und blutig. Einer drückte dem andern die Dornenkrone, die er vom Leben trug, fester und tiefer in die Stirn und hielt sich für den Bekrenzigen.

Schon gleich nach der Hochzeit wurde das Kreuz ausgerichtet. Bis dahin hatten sich Johannes und Maria schlecht und recht einander angepaßt. Das gelang ohne viel Aufwand von Rücksicht und doch ohne Reue. Mit der Ehe war das vorbei. Marias herrschliche Art drängte nach dem Jügel, den sie auch bald in der Hand hielt. Wäre diese Hand nur stark und zierlich gewesen! Aber sie lenkte nach Laune und Wallung, und da Maria mehr Launen als Haare hatte, ging es in der Familie immer holterdipolter. Bei armen Leuten ist Herr im Haus, wer das Geld in der Hand hält. Maria wußte das sehr genau und wachte misstrauisch über Johannes. Seine Arbeit wie sein Vergnügen wurden von ihr geregelt, und da Johannes doch zuviel Mann war, um als Gnade hinzunehmen, was seinem einfachen Sinn Recht schien, rissen die Kämpfe nicht ab. Es waren immer nur Kämpfe ums Geld, weil mit dem Kampf ums Geld in der kleinen Welt alles zu entscheiden ist.

(Fortsetzung folgt.)



tion sprach die Vorstandskonferenz ihre Meinung über die gegenwärtige wirtschaftliche Situation aus. Es wird unter anderem gesagt: „Insbesondere die Kohlenabgabe und die Umfassener Erschweren den Konsum. Das System der indirekten Steuern und Abgaben hat sich als unfähig erwiesen, den wirtschaftlichen Interessen des Staates zu dienen, es untergräbt die Erzeugung, schränkt den Verbrauch ein und belastet in ungerechter Weise die ärmsten Schichten der Bevölkerung, auf die diese Abgaben überwälzt werden.“ Eine zielbewusste Wirtschaftspolitik des Staates muß zur Schaffung eines einheitlichen Systems direkter, gerecht verteilter Steuern führen. Weiter wird gesagt, daß das wirtschaftliche Interesse der Tschechoslowakei die Lösung des deutschen Reparationsproblems verlange. Als Mittel für die Milderung der Wirtschaftskrise werden öffentliche Bauten die Herabsetzung der Kohlenabgaben bis zu ihrer völligen Beseitigung und die Durchrechnung der Tarife angegeben. Die Konferenz betont, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft ein weiteres Fortschreiten des Lohnabbaues unmöglich mache. „Wir machen auch aufmerksam“, heißt es weiter, „daß das letzte Gesetz über die Bezüge der Staatsbeamten einen weiteren Abbau der Preise der Lebensmittel und sonstigen Lebensbedürfnisse vorausgesetzt hat, was aber nicht eingetreten ist. Im Gegenteil, eine neue Teuerung ist gekommen. Wenn die Regierung diesem Steigen der Preise nicht begegnen kann, dann müssen die Staatsangehörigen die Forderung aufstellen, daß die Besteuerungen über die Verbrauchsgegenstände zeitig mit der Verlängerung des unveränderten Mieterschutzes verlangsamt werden. Gleichzeitig wird die Forderung aufgestellt, daß keine Arbeitergruppe von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen sein möge und daß die Durchführung des Gesetzes über den Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen sein möge und daß die Durchführung des Gesetzes über den Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung vom 19. Juni 1921 (Genter System) beschleunigt werde.“

Was die organisatorischen Verhältnisse der Gewerkschaften betrifft, wird erklärt, daß die Verbände, welche die Bestimmungen des Gewerkschaftsgesetzes über die Unabhängigkeit und Einheit verletzen, nicht als Mitglieder der einheitlichen Bewegung angesehen werden können. Die Bemühungen der Vereinigung der Verbände verwandter Berufsgruppen sollen fortgesetzt werden.

**Zehntausend Arbeitslose im Bezirke Karlsbad.** Wir lesen im Karlsbader „Volkswille“: Wie fürchterlich die Arbeitslosigkeit bereits geworden ist, geht aus den Aufzeichnungen der Bezirksverwaltungs-Kommission Karlsbad für anfangs Feber 1923 mit erschreckender Deutlichkeit hervor. Daran erhielten im Karlsbader Bezirke 4020 Arbeitslose die Staatsunterstützung, 2340 Arbeitslose wurden durch die Porzellanindustrie unterstützt, 860 Personen stehen in den Rüstungsarbeiten, mehr als 1000 Arbeitslose werden in keiner Weise unterstützt und sind somit ihrer Familien glatt dem Hunger ausgeliefert, 1308 Arbeitslose haben sich bei der Bezirksarbeitsvermittlung neuerlich um Arbeit gemeldet, können aber bis auf wenige zufällige Ausnahmen eine solche natürlich nicht erhalten. Diese amtliche Statistik umfaßt also bereits 9218 Arbeitslose; die Wirklichkeit übertrifft natürlich diese Zahl noch, so daß man mit Bestimmtheit mehr als zehntausend Arbeitslosen im Bezirke Karlsbad rechnen muß. Berechnet man noch die Familienangehörigen (Frauen und Kinder) der Arbeitslosen, so kommt man zu dem erschütternden Ergebnis, daß mehr als die Hälfte der gesamten Bezirksbevölkerung unmittelbar das Opfer der Wirtschaftskrise geworden ist.

Die Spirituspreise bleiben unverändert. Entgegen den in Interessentkreisen verbreiteten Nachrichten, daß der Preis von rektifiziertem verdunstetem Spiritus am 1. März l. J. erniedrigt wird, wird von kompetenter Stelle mitgeteilt, daß diese Nachrichten jedweder Unterlage entbehren.

Der Zuckerpriß. Das Ministerium für Volksversorgung teilt mit, daß es die Preise des Zuckers im Großhandel festsetzen und die untergeordneten Ämter ermächtigen wird, anfangs d. M. die Detailpreise des Zuckers festzusetzen. — Diese Absicht des Ministeriums steht jedenfalls in Verbindung mit der von den Zuckerfabrikanten angestrebten Reduzierung des Zuckers um eine Krone per Kilogramm.

**Zusammenschluß von drei Konsumvereinen.** Sonntag den 18. Feber erfolgte der Zusammenschluß folgender drei Konsumvereine. Westböhmische Konsumgenossenschaft in Aisch, mit 17 Verkaufsstellen, Konsumverein Vorwärts in Eger, mit vier Verkaufsstellen, Konsumverein Einigkeit in Kutschowitz, mit 17 Verkaufsstellen. Als Sitz der neuen Kreisgenossenschaft wurde Eger bestimmt. Die Ueberführung in die neue Kanzlei findet im Feber statt. Zum Obmann wurde Karl Lorenz aus Kutschowitz, zum Kassier Wilhelm Hofmann aus Aisch, zum Kontrolleur Josef Müller aus Eger gewählt. Alle Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder wurden einstimmig gewählt. Gegenvorschläge wurden nicht gemacht.

Der Unterverband Nordwestböhmischer Reichsverbandes deutscher Krankenkassen in der Tschechoslowakei gibt über seine Tätigkeit im ersten Bestandsjahr einen Bericht heraus, in dem zunächst das Werden des Unterverbandes erzählt ist, die Rechnungsabläufe wiedergegeben werden und dann in einer Reihe von Tabellen die Mitgliederbewegung der Verbände, die Einnahmen und Ausgaben der Verbände, die Vermögensnachweise, Familienversicherung und die Ergebnisse der Krankenkassen angeführt sind.

**Die Personalverringering bei der Tschechoslowaker Eisenbahn ruft, wie der „Volkswille“ schreibt, in den Kreisen der Angestellten steigende Beunruhigung hervor. In Komotau wurden, wie von dort gemeldet wird, 34 Werkstättenarbeiter entlassen, ungefähr die gleiche Anzahl von älteren Arbeitern soll pensioniert werden. Am 20. Feber werden weitere 13 Bedienstete der Station Komotau (Fahr- und Verschubpersonal) entlassen werden, acht Stationsbedienstete wurden gekündigt. Bemerkenswert ist, daß 11 unter den Entlassenen auch eine große Anzahl von Familienvätern befinden. Mit weiteren Entlassungen ist in den nächsten Tagen zu rechnen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist leider damit zu rechnen, daß die Massenentlassungen auch noch den von der tschechischen Presse propagierten Nebenweg verfolgen, in erster Reihe den Stand des deutschen Personals zu vermindern.**

**Die Kurssteigerung der Mark.** Darüber berichtet der Sozialistische Parlamentsdienst (Berlin): Ueber die Stützungsaktion der Reichsbank ergeht sich die breiteste Oeffentlichkeit in Kombinationen der verschiedensten Art. Auffallend ist, daß immer wieder die von interessierten Kreisen unterrichtete Meinung auftritt, daß die Besserung der Mark nicht von langer Dauer sein wird, weil sie künstlich herbeigeführt wurde. Dazu ist von vornherein zu bemerken, daß auch die sprunghaften Steigerungen des Dollarkurses, nicht nur die Katastrophenhaufe am Devisenmarkt der letzten Zeit, sondern auch frühere Stadien der Geldentwertung wesentlich herbeigeführt worden sind durch Ausschreitungen der Spekulation, jedoch sich die Inlandskaufkraft der Mark immer wieder und lange Zeit hindurch bedeutend höher stellte als der Wert des deutschen Geldes am Weltmarkt. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch wir weitergehende Maßnahmen als Garantie für eine aktive Währungspolitik als notwendig erachten. Immerhin ist nicht einzusehen, daß der spekulative Druck auf die Mark nicht für eine Weile, sogar für erhebliche Zeit durch das aktive Eingreifen der Reichsbank ausgeschaltet werden könnte, nachdem der frühere Sturz der Mark nach einhelligen Urteil der Sachverständigen in der Hauptsache darauf zurückzuführen war, daß es eben an einem derartigen Gegengewicht zugunsten der Mark gefehlt hat. Nach zuverlässigen Informationen, die sich keineswegs auf Rückfragen bei dem Reichsbankdirektorium allein beschränken, glauben wir verstanden zu dürfen, daß recht erhebliche Mittel zur Stützung der Mark bereitstehen, von denen bisher nur ein verhältnismäßig geringer Teil in Anspruch genommen worden ist. Die Reichsbank hat also noch einen langen Atem und gedenkt von ihrer Kraft Gebrauch zu machen. Tut sie das aber — und das ist nach unserer Kenntnis der Dinge mit Bestimmtheit zu erwarten —, dann wird mit einer verhältnismäßig stabilen Mark wenigstens während der nächsten Wochen zu rechnen sein. Voraussetzung ist hierfür natürlich, daß nicht unerpolte Ereignisse die Berechnungen über den Kaufkraft werfen. Sie zu vermeiden, wird Aufgabe aller derjenigen sein, die jene durch die Ruhrbesetzung heraufbeschworenen Gefahren von der deutschen Arbeiterschaft und vom ganzen deutschen Volke abwenden wollen. Die Gerüchte von einer beabsichtigten Demission des Reichsbankdirektoriums sind unzutreffend. Böllig aus der Luft gegriffen sind auch die Mitteilungen der „Roten Fahne“, die von einem geheimen Abkommen zwischen der deutschen Reichsbank und der amerikanischen Harrimangruppe wissen will, das zugleich eine Stützung der Mark und eine Sabotage des französischen Frankens vorsieht und dessen Wirksamkeit auf zwei Monate befristet sein soll. Mit derartigen Mitteilungen leitet man der Hauspekulation in Devisen, also den Hyänen des deutschen Hungerns, willkommenen Vorwand. Reichsregierung und Reichsbank müssen sich aber auch darüber klar sein, daß die Stützungsaktion nur ihren Zweck entspricht, wenn mit ihr gleichzeitig scharfe Maßnahmen gegen die Devisenspekulation verbunden werden, wenn endlich dem Wucher stark Einhalt geboten wird. Was hilft dem Volk eine Stützungsaktion, die unsere Mark kräftigt, sich aber auf dem Lebensmittelmarkt bis jetzt nicht im geringsten ausgewirkt hat? Unter diesen Umständen müssen wir eine entscheidende Förderung der Stützungsaktion zunächst durch die Aufbringung wertbeständiger Anleihen, gleichzeitig aber durch energische Maßnahmen gegen das verbrecherische Wuchertum verlangen.

**Internationale Konferenz von Eisenbahnsachverständigen.** Dem Reuterschen Büro zufolge begann in London soeben die Tagung der Konferenz von Eisenbahnsachverständigen aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland und der Tschechoslowakei. Diese Konferenz wurde vom Völkerbunde einberufen und bezweckt die Ausarbeitung des Entwurfes einer internationalen Eisenbahnkonvention. Falls dieser Entwurf vom Transitausschusse des Völkerbundes genehmigt wird, wird er im Frühjahr förmlichen Regierungsgen, welche Mitglieder des Völkerbundes sind, zur Prüfung vorgelegt werden. Die internationale Konferenz wird im Oktober in Genf zusammenzutreten, wo sie die erwähnte Konvention in Erörterung ziehen und unterfertigen wird, welche sodann nach der Ratifizierung seitens der verschiedenen Parlamente Geltung erlangen wird.

**Japanische Arbeiter für Brasilien.** Wie die „Times“ aus New York melden, hätten die Regierungen von Brasilien und Japan ein Uebereinkommen über die Anwerbung von 500.000 japanischen Landarbeitern in Brasilien geschlossen. Die Generalkonsuln von Japan und Brasilien in New York erklärten, von einem solchen Abkommen nichts zu wissen. Trotzdem herrscht in Washingtoner Regierungskreisen einige Besorgnis über die Anwerbung einer so großen Zahl von Azteken auf dem amerikanischen Kontinent.

**Devisenkurse.**

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	1585.00	Schw. Frank	1585.00
Berlin	181.25	Marl	695.75
Wien	84.17.50	Österr. Kr.	2100

**Prager Kurse.**

100 holl. Gulden	1360.00	Ware	1364.00
100 Mar.	1487.50		1587.50
100 belg. Franks	181.25		182.75
100 schweiz. Franks	646.75		649.25
1 Pfund Sterling	160.875		162.875
100 Lire	164.25		165.75
1 Dollar	84.17.50		84.57.50
100 franz. Franks	207.25		208.75
100 Dinar	3575.00		3425.00
100 magyar. Kronen	128.00		130.00
100 poln. Mar.	800.00		800.00
100 österr. Kronen	0.0175		0.05.25

**Züricher Schlusskurse.**

Paris	32.00.00	Ware	32.20.00
London	24.86.00		24.88.00
Berlin	0.24.00		0.25.00
Mailand	25.40.00		25.50.00
Brüssel	2.82.25		2.83.75
Wien	0.073.00		0.075.00
Budapest	0.19.00		0.20.00
Prag	15.85		15.85
New York	5.30.50		5.31.00
Belgrad	5.00		5.10
Warschau	0.01.25		0.00.15
Wien gef.	0.00.00		0.00.00

**Literatur.**

**Die Geschichte der Genossenschaftsbewegung.** — Aufgaben und Ziele der Genossenschaften. Unter diesem Titel hat unsere Zentralstelle für das Bildungswesen zwei weitere wertvolle Merkblätter für Vertrauensmännerturse, aus der Feder von Emmi Freundlich, herausgegeben. Wertvoll erscheinen sie uns vor allem deshalb, weil genossenschaftliches Bildungswesen im Rahmen der Partei bisher recht kümmerlich behandelt wurde. Die erstgenannte Broschüre erläutert den Ursprung der Genossenschaftsbewegung und gibt in gedrängter Form eine gute Uebersicht über ihre Entwicklung in den einzelnen Ländern, die im Anhang durch reichhaltiges Ziffernmateriel ergänzt wird. Das zweite Merkblatt behandelt die seit Rockhill mit Erfolg angewandten, auf dem Prinzip der Selbsthilfe beruhenden demokratischen Grundzüge der Genossenschaftsbewegung, das sozialistische Endziel, zu dessen Erreichung neben und mit den anderen Methoden im Emanzipationskampf des Proletariats eben der Genossenschaftssozialismus unentbehrlich geworden ist. — Beide Merkblätter enthalten auch die entsprechenden Literaturangaben und sind jedem Funktionär der Arbeiterbewegung, der seine Kenntnisse auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens erweitern und vertiefen will, als Anleitung hierzu wärmstens zu empfehlen. Zu beziehen durch die Zentralstelle für das Bildungswesen, Teplich-Schnau, Seilerstraße Nr. 1. Bezugspreis 1 K per Exemplar. —ld—

**Karl Marx, Leben und Lehren von Friedrich Weiß.** Unter diesem Titel hat die Zentralstelle für das Bildungswesen unserer Partei ein Merkblatt für Vertrauensmännerturse herausgegeben, das eine ausgezeichnete Disposition zu Vorträgen anlässlich des vierzigjährigen Todestages von Karl Marx (18. März) ist. Das kleine Heftchen bietet eine knappe Zusammenfassung des Lebenslaufes des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus, welche nicht nur eine trockene Aufzählung von Daten, sondern eine lebenswarme Darstellung ist, in der mit Liebe von Marx erzählt wird. Sodann folgt eine Einführung in das Lebenswerk von Karl Marx, die sich gleichfalls durch Hervorhebung des Wesentlichen auszeichnet. Zunächst wird auseinandergesetzt, was materialistische Geschichtsauffassung ist, sodann die ökonomischen Lehren von Marx zusammengefaßt. Viele Zitate sind in die Darstellung eingestreut, die den Reiz der Marxschen Argumentation in der Marx eigenen

Dialektik wiedergeben. Dasselbe gilt von der Einführung in die Marxsche Lehre vom Klassenkampf und der sozialen Revolution. Die Referenten zur Marxfest werden der Zentralstelle für das Bildungswesen für die Ausarbeitung dieser aktuellen Vortragsdisposition Dank wissen. E. St.

**Kunst und Wissen.**

**Willa Frau.** (Vereintheater, 18. Feber.) Ein heiteres, auf dem alten Motiv der Familienerziehung aufgebautes Lustspiel, das vom Stammpublikum mit Beifall aufgenommen wurde. Man unterhielt sich, besonders über den sächsischen Dialekt des Repomul von Blasewitz, den Egon Torn geschickt in den Mittelpunkt der familiären Ereignisse zu stellen wußte. Die übrigen Darsteller, unter denen Irma Fleischer als Willa tapfer-schalkhafte Frau hervortrat, boten ebenfalls ihr Bestes. K. St.

**Neues Theater.** Heute, Mittwoch, keine Vorstellung. Morgen, Donnerstag, das wirkungsvolle Hauptmann-Schauspiel „Rose Bernd“ mit Hermine Redelst. Freitag, Vorkings Oper „Der Wildschütz“ mit Karl Martin-Brünn als Voculus. Samstag die Operettenneuheit „Der Gänsling der Jarin“ mit Pepi Glöckner und Susanne Jicha-Göhl als Gäste. Sonntag abends neuinszeniert Wilhelm Kienzls Oper „Evangelmann“ mit Richard Rubla als Gast. Montag Gastspiel Leopold Kramer in Shakespeares „Der Widerspenstigen Zähmung“.

**Kleine Bühne.** Morgen, Donnerstag, Freitag und Sonntag abends „Die kleine Sinderin“, Samstag abends und Sonntag nachmittags zum erstenmal Kurt Göb amüsante Chelomödie „Angborg“.

**Karl Kraus-Premiere „Die letzte Nacht“.** Das geschlossene Ensemble der Neuen Wiener Bühne wird Ende Feber mit Karl Kraus „Die letzte Nacht“, Epilog zur Tragödie „Die letzten Tage der Menschheit“ (entstanden im Jahre 1917) am Neuen Deutschen Theater in Prag gastieren.

**Opernpremiere: Hindemith-Sinfaker.** In der nächsten Woche findet unter musikalischer Leitung Zemlinsky und Spielleitung Lebers die Premiere der drei Opern-Sinfaker „Wörter, Hoffnung der Frauen“ (Koschka), „Kisch Kisch“ (Weil), „Sancta Susanna“ (Straum) von Paul Hindemith statt.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

**Moderne Schlagworte** sind oft leere Phrasen und verhalten sich wie wirkungslos. Wenn aber prägen sich nicht die Worte Ruxerol und Ruxerol-Spezial dauernd ein! Bedenken Sie doch den größten Fortschritt auf dem Gebiete der Ernährung: die besten und feinsten Pflanzenöle der Gegenwart. 1431

**Die Teefeezeit.**

Sie ist ein gut handbreiter und dreimal so langer Streifen, ungefähr in der Form eines Miniaturhandtuches, der zwischen Schale und Untertasse seinen Platz findet und auf der der Teelöffel ruht. Das zarte Gewebe des Stoffes ist von einem Stoffsaum umgeben, dessen Ranten nur an den beiden Schmalseiten ein echtes Schützen tragen. So zierte sie mit der eingestickten Krone fürstliche Teetische. Der Freundin und eifrigen Verbraucherin von Tee „Marle Teekanne“, die erkannt hat, daß in seiner Güte seine Sparsamkeit liegt, sind aber durch die reizenden schwarzweißen Seidenmotive noch hübschere Möglichkeiten geboten, dies zierliche Rundstück eigenartig zu gestalten, wenn sie als Vorde statt der Spitze oder als Ornament statt der gekrönten Initialen aufsteht. Liehe sich daraus nicht vielleicht eine Anregung zur Teilnahme für das Preisenschriften der Marke „Teekanne“ schöpfen. 1127

Berausgeber: Dr. Ludwig Czeh und Karl Cermak  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: O. Hollik

**Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad**

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur.

Alle nicht lagernden oder wo immer angelegten Bücher und Zeitschriften werden rasch geliefert.

**Gegen die modernen Götzen**

schreibt Heinrich Mann in seinen Romanen Perlenkorn, Professor Unrat, Die Krimen. Jeder Band gebunden 32 Kronen. Zu beziehen durch die Buchhandlung Freiheit Teplich-Schnau, Theresienstraße 18.

inscribieren Sie im „Sozialdemokrat“


**Antworten auf unsere Preisfrage!**

Der Körper ermüdet auch bei weiterem Gehen viel weniger, da der Stoß, welchen er bei jedem Schritt erleidet, bedeutend abgeschwächt wird.

Der leise, elastische Gang und die Abschwächung der Stöße wirken auch vorteilhaft auf das Nervensystem des Trägers ein.

Von der Richtigkeit voranstehender Tatsachen habe ich mich durch jahrelanges Tragen überzeugt.

**Med. Dr. Ludwig Brüll**  
Bden.



**BERSON**